

Crim.

268

5

W. W. W. W.

Grim . 268⁵₋

(Vierck)



Zur Kritik des Dynamitgesetzes.

Motive zum Antrag Viereck und Genossen

auf

Aufhebung des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 gegen
den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von
Sprengstoffen.

(No. 98 der Drucksachen VI. Legisl.-Per. 2. Session 1885|86).



München im März 1886.

Im Selbstverlage des Verfassers.



Die nachstehenden Ausführungen sind dazu bestimmt, der im deutschen Reichstage demnächst bevorstehenden Verhandlung unseres Antrags auf Aufhebung des Dynamitgesetzes als Grundlage zu dienen, insoweit sich dieser Antrag auf juristisch-technische Mängel dieses Gesetzes stützt und auf die Thatsache Bezug nehmen kann, dass weder der gemeingefährliche noch der verbrecherische, wohl aber der durchaus legitime Gebrauch von Sprengstoffen durch das Gesetz betroffen worden ist. Das Dynamitgesetz und seine Anwendung darf im Allgemeinen so sehr als eine terra incognita gelten, dass dieersprießlichkeit einer vorausgängigen Bekanntmachung der dem Unterzeichneten zur Verfügung gestandenen Materialien wohl kaum bestritten werden dürfte. Möge der geneigte Leser, namentlich aber die sehr geehrten Herren Kollegen im Reichstage, die Mühe nicht scheuen, den Inhalt dieser kleinen Denkschrift einer unbefangenen Kenntnissnahme zu würdigen.

München, den 6. März 1886.

L. Viereck,
Mitglied des deutschen Reichstags.



Das Reichsgesetz vom 9. Juni 1884 gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen charakterisirt sich als ein Produkt gesetzgeberischer Uebereilung. Das Gesetz wurde zu dem Zwecke erlassen, «der in dem Missbrauch von Sprengstoffen liegenden gemeinen Gefahr entgegenzutreten.» (Motive S. 3). Thatsächlich scheinen aber bisher Fälle, in denen durch das Gesetz Dynamitattentate verhindert worden wären, überhaupt nicht vorgekommen zu sein — wenigstens hat in der Oeffentlichkeit nirgends davon etwas verlautet — wogegen die Fälle, in denen durch das Gesetz der legitime Gebrauch des Dynamits als eines für die moderne Technik geradezu unentbehrlichen Hilfsmittels drakonischen Strafen unterstellt wurde, nachgerade eine stehende Rubrik in der Tagespresse bilden. In Anlage I sind eine Reihe von Zeitungsberichten reproduzirt, welche ein buntes Bild von den Prozessen geben, die aus der Praxis des Dynamitgesetzes seit etwa Jahresfrist sich ergeben haben. Weit entfernt ein erschöpfendes Material zu bieten, kann der Antragsteller im Gegentheil nur konstatiren, dass zahlreiche Betheiligte, die dem bürgerlichen Erwerbsleben als Unternehmer angehören, aus zum Theil sehr naheliegenden Gründen Alles daran gesetzt haben, die Thatsache ihrer Verurtheilung nicht öffentlich bekannt werden zu lassen. In mehreren Spezialfällen wurde sogar die behufs Verwendung zu diesem Antrage im Reichstage nachgesuchte Mittheilung des Aktenmaterials verweigert, da die Betroffenen andernfalls ein ungünstiges Schicksal des von ihnen eingereichten Gnadengesuches befürchten zu müssen glaubten.

In

§ 1

hat der Gesetzgeber, wie der Kommentator des Gesetzes, v. Bieberstein, richtig bemerkt, alle Möglichkeiten im Verkehr mit Dynamit in's Auge gefasst. Es kann sich danach Niemand mehr ohne polizeiliche Genehmigung mit Sprengstoffen irgendwie abgeben, wenn anders er die Strafe des § 9 umgehen will.

Welche Härte hierin liegt, zeigen die in Anlage I mitgetheilten Beispiele.

Dass jede Art von Herstellung — «gleichgiltig, ob einmalige, ob gewohnheits-, ob gewerbsmässige» (v. Bieberstein S. 4) — dem Gesetze unterliegt, also z. B. auch die Versuche in chemischen Laboratorien mit neuen Sprengstoffen, wird in den betheiligten Kreisen als eine «schwere Beeinträchtigung der noch so jungen deutschen Sprengstoff-Industrie» (so wörtlich in einem Briefe!) empfunden, während das Ausland sich gehütet hat, diese Branche durch derartige vexatorische Bestimmungen lahm zu legen. Man vergleiche z. B. den in Anlage II mitgetheilten Wortlaut des Artikels 45 der englischen Explosives Act vom 14. Juni 1875, der zu Gunsten Derjenigen, die mit neuen Sprengstoffen wissenschaftlich experimentiren, falls dieselben nicht die freiwillige Anzeige unterlassen haben, ausdrückliche Sonderbestimmungen enthält.

Das Wort: Besitz hat vermöge seiner doppelten Bedeutung: juristischer Besitz und thatsächlicher Gewahrsam, in der Praxis des Gesetzes zu den grössten Widersprüchen geführt.

Das preussische Allgemeine Landrecht definirt in § 1 Th. I Tit. 7:

Wer das physische Vermögen hat, über eine Sache mit Ausschliessung Anderer zu verfügen, der hat sie im Gewahrsam und wird Inhaber derselben genannt,

und ferner ebenda § 1:

Wer eine Sache in der Absicht, darüber für sich selbst zu verfügen, unmittelbar oder durch Andere, in Gewahrsam nimmt, der wird Besitzer der Sache.

Ähnlich definirt das bürgerliche Gesetzbuch für das Königreich Sachsen in § 186:

Wer eine Sache thatsächlich in seiner Macht hat, ist Inhaber, und wenn er den Willen hat, für sich Eigenthum auszuüben, Besitzer derselben.

Entsprechend der juristischen Bedeutung des Wortes «Besitz» ist z. B. im Regierungsbezirk Düsseldorf bei den § 1 Abs. 1 vorgeschriebenen polizeilichen Erlaubnisscheinen bis heute konstant nach der Praxis verfahren worden, nur den Eigenthümern von Dynamit, also den Prinzipalen von Dynamitfabriken und -Handlungen, einen auf ihre Person lautenden Schein auszustellen, während deren ausführende Organe, Arbeiter, Beamte, Transporteure und sonstige Funktionäre auf Grund dieses einen Scheins und unter Verantwortlichkeit ihres Auftraggebers ihre Thätigkeit ausübten. Das Schema eines solchen Scheines enthält Anlage III.

Während nun aber die Kgl. Regierung zu Düsseldorf, ihre Unterbehörden und die in dem Bezirke thätigen Staatsanwaltschaften das Gesetz in dieser Weise handhaben, bildete sich bei der benachbarten Kgl. Regierung zu Arnberg eine geradezu entgegengesetzte Praxis aus, indem im Rayon dieser Behörde auch Derjenige, der im Namen oder im Auftrage Dritter ausdrücklich mit einem Erlaubnisschein ausgestatteter Personen, mit Dynamit manipulirt, einen besonderen auf seine Person lautenden Erlaubnisschein besitzen muss. Dies wird belegt durch die in Anlage IV abschriftlich enthaltenen Verfügungen der Kgl. Regierung zu Arnberg und des Landrathsamts zu Bochum,

die in der vom 27. August 1885 datirenden Anklageschrift der Kgl. Staatsanwaltschaft zu Bochum wider den Fuhrknecht Franz von der Driesch aus Bürrig, Kreis Heinsberg, Landgerichtsbezirk Aachen, als Material fungirte.*) Sein Dienstherr, der Fuhrunternehmer Franz Steinacker in Lürig bei Opladen, hat sich anlässlich dieser Anklage unter dem 14. September v. J. an die Kgl. Regierung zu Düsseldorf gewendet und hat das Ersuchen an dieselbe gerichtet, eine Entscheidung des Staatsministeriums darüber herbeizuführen, ob die in der Düsseldorfer oder in der Arnberger Regierung herrschende Anschauung über die Erlaubnisscheine die richtige sei. Er ist aber bis Ende Februar d. J. keiner Antwort gewürdigt worden.

Mittlerweile ist das Reichsgericht in die Lage gekommen, im Falle des Fuhrknechts Johann Breidenbach zu Opladen sein massgebendes Urtheil über die Streitfrage abzugeben.

Für den Direktor der Rheinischen Dynamitfabrik in Opladen ist ein dem Schema in Anlage III entsprechender Erlaubnisschein vom Kgl. Landrath zu Solingen ausgestellt worden, und hat Ersterer demnach sich für befugt erachtet, daraufhin regelmässig in seinem Namen auch die Dynamittransporte von der Fabrik bis zur Ruhr bewirken zu lassen. Nachdem dies etwa ein Jahr lang, ohne eine Schwierigkeit zu finden, seinen Gang genommen hatte, erhielt plötzlich eines Tages der Fuhrknecht Johann Breidenbach in Opladen, der im Dienste des Fuhrunternehmers H. Kürten zu Opladen, mit polizeilich visirtem Frachtbriefe Dynamit gefahren hatte, eine Vorladung vor die Strafkammer zu Bochum unter der Anklage, sich eines Vergehens gegen das Dynamitgesetz schuldig

*) Die betreffende Anklage wird erst am 24. März d. J. verhandelt.

gemacht zu haben. Allerdings wurde Breidenbach in erster Instanz freigesprochen, da die Strafkammer die der Fabrik ertheilte generelle Erlaubniss für ausreichend erachtete. Allein der Staatsanwalt legte Revision ein. Er führte in seiner Revisionsbeschwerde aus, dass nach dem Sinne der Motive «auch Derjenige, der den Erwerb der Sprengstoffe zwischen anderen Personen nur vermittelt, unter das Gesetz falle und zwar selbst dann, wenn er dabei selbst in den Besitz der Sprengstoffe nicht gelange. Die Absicht des Gesetzes gehe offenbar dahin, dass es nicht Jedem, welcher die polizeiliche Erlaubniss erlangt hat, auch die Ermächtigung ertheilen wolle, den Transport der Sprengstoffe irgend einem, wenn auch unzuverlässigen, möglicherweise mit den Vorschriften über den Transport explosiver Stoffe nicht einmal bekannten Mann zu übertragen, dass vielmehr die Polizeibehörde die Prüfung, ob der gewählte Mann auch geeignet sei, vorbehalten wolle. Die Annahme der Strafkammer, dass die der Dynamitfabrik ertheilte polizeiliche Erlaubniss auch den Angeklagten schütze, da dieser nur als Werkzeug zur Ermöglichung des Vertriebes gedient habe, erscheine daher nicht zutreffend.» — Diesen Ausführungen ist das Reichsgericht in seinem Urtheil vom 21. November 1885 im Wesentlichen beigetreten, wie aus der Anlage VI hervorgeht. Danach kann der Inhaber von Dynamit sich nicht damit entschuldigen, dass er nachweist, er habe zivilrechtlich den Besitz nur Namens und in Vertretung eines Berechtigten ausgeübt. Jeder Fuhrmann muss vielmehr einen auf seinen Namen lautenden Erlaubnisschein besitzen, wobei eine Hemmung der Industrie ja dadurch leicht vermieden werden könne, dass die Polizei dem Dynamitproduzenten die Ermächtigung nicht nur für seine Person, sondern auch für seine Vertreter und Gehilfen, Arbeiter, Dienstboten, Fuhrleute, Transporteure ausstelle. Das Reichs-

selbst den Fuhrmann zu spielen u. s. w., oder aber sein gesamtes Hilfspersonal gegen das Dynamitgesetz freveln zu lassen.

Ferner ist der Begriff «Sprengstoffe» ein kautschukartiger. Der Gesetzgeber wollte darunter «im Allgemeinen alle explosiven Stoffe, welche zur Verwendung als Sprengmittel sich eignen» (Motive S. 5) verstanden wissen, mit der Massgabe, dass die vorzugsweise als Schiessmittel gebrauchten Stoffe ausgenommen sein sollten. Nach der vom Bundesrath erlassenen, in Anlage VIII mitgetheilten Verfügung vom 13. März 1885 fallen ausser Pulver, Gewehrzündhütchen und fertigen Handwaffen-Ladungen alle explosiven Körper unter das Gesetz, ohne Beschränkung des Quantums, in Folge dessen auch die starken Zündhütchen, die sog. sprengkräftigen Zündungen, welche zum Losschiessen von Sprengstoffen benützt werden und durchgehends 0,3 Gr. Knallsalz pro Stück enthalten. Es ist aber einleuchtend, dass mit solchen kleinen Zündhütchen allein unmöglich ein gemeingefährliches Verbrechen ausgeführt werden kann, sondern dass diese Zündhütchen nur im Zusammenwirken mit eigentlichen Sprengstoffen gefährlich sind. Da nun aber der generelle Erlaubnisschein zum Besitz von Sprengstoffen auch zur Beschaffung von Zündhütchen ermächtigt, so liegt kein Grund vor, für diesen kleinen Nebenartikel alle die Förmlichkeiten vorzuschreiben, welche man für Dynamit etc. für nothwendig erachtet, zumal bei solchen kleinen Gegenständen — die Hütchen sind meist 16 Millimeter lang und $5\frac{1}{2}$ Millimeter breit — eine wirkliche Kontrolle überhaupt unmöglich ist.

Man wende nicht ein, dass die Zündhütchen deshalb unter gleicher Kontrolle stehen müssten, weil nur mit ihnen Dynamit zur Explosion gebracht werden kann. Mit dem-

gericht hat die Sache an die 1. Instanz zurückverwiesen und ist den Intentionen des Revisionsurtheils gemäss darüber Beweiserhebung beschlossen worden, welche Verhandlungen bei Ausstellung des der Rheinischen Dynamitfabrik ertheilten Erlaubnisscheines mit den in Frage stehenden Behörden gepflogen wurden. Von diesen wird es also abhängen, ob Breidenbach als ein Dynamitverbrecher ins Gefängniss kommt oder freigesprochen wird.

Mittlerweile fahren die Fuhrleute in der ganzen dortigen Gegend noch ohne den für ihre Person speziell lautenden Schein das Dynamit nach wie vor! Von weiteren Anklagen als gegen Breidenbach und van der Driesch ist nichts bekannt geworden. Sollten die Letzteren aber rechtskräftig verurtheilt werden, so würden hunderte von Personen, die sich jetzt fortgesetzt gegen das Dynamitgesetz vergehen, dem Strafrichter verfallen, und ein Monstreverfahren ohne Gleichen würde Platz greifen müssen!

Der Gedanke des Reichsgerichts, dass die Verwaltungsbehörden bei Ertheilung von Erlaubnisscheinen an Dynamitunternehmer auch deren Arbeitspersonal mit einschlossen, lag übrigens zu nahe, als dass die unter dem Damoklesschwert eines Dynamitprozesses stehenden Interessenten nicht selbst auf ihn verfallen wären. Leider aber nicht mit dem gewünschten Erfolge. Als sich z. B. am 21. Juli 1885 die Fuhrunternehmer Steinacker in Bürrig an den Bürgermeister von Opladen um einen derartigen Schein wandten, erhielten sie die in Anlage VII mitgetheilte Verfügung, wonach die «Ausstellung solcher Erlaubnisscheine für Dynamitfuhrleute nicht statthaft» sei! Demgemäss bleibt dem Dynamitfabrikanten keine andere Wahl, als die, entweder allein für seine Person die Sprengstoffe herzustellen, die Arbeiten, die er jetzt vielleicht durch hunderte von Angestellten verrichten lässt, in eigener Person vorzunehmen,

selben Rechte dürfte man dann sagen, dass die Zündschnüre und sogar die Schwefelhölzer der gleichen Kontrolle unterliegen müssten. Ueberdies geht ja das Gesetz selbst, wie sein Kommentator v. Bieberstein nach den Verhandlungen des Reichstages vom 15. Mai 1884 mit Recht annimmt, durchaus nicht so weit, den gleichzeitigen Besitz der Materialien, die, wenn mit einander verbunden, einen gefährlichen Sprengstoff abgeben, für strafbar zu erklären. Man darf z. B. Vitriol, Salpetersäure und Glycerin getrennt aufbewahren, obgleich diese im Handumdrehen zu einem Sprengstoff sich vereinigen lassen.

In Anlage IX ist das Schema eines Erlaubnisscheines mitgetheilt, wie ihn der Kgl. Landrath zu Solingen seit Erlass des Gesetzes den Brunnenmachern regelmässig auszufertigen pflegt. In diesem Scheine ist nur von Dynamit die Rede und kein Wort über die Zündhütchen gesagt. Nun steht fest, dass der Käufer von Dynamit ohne die Zündhütchen dasselbe überhaupt nicht verwenden kann. Bleibt somit wiederum die Alternative, ob der Mann auf Ausübung seines Gewerbes verzichten, oder — unter einem ganz offenkundigen Verstosse gegen das Dynamitgesetz — dasselbe ausüben will. Wobei noch in Betracht kommt, dass im letzteren Falle auch der Dynamithändler, der einem solchen Kunden die Zündhütchen überlässt, sich von Rechtswegen entschieden strafbar gemacht hat.

§ 2

überlässt die zur Ausführung des Gesetzes zu erlassenden Vorschriften den Zentralbehörden der Bundesstaaten, wodurch eine Sammlung von 24 theils längeren, theils kürzeren Erlasse entstanden ist, deren zusammen ca. 120 Paragraphen eine bunte Mannigfaltigkeit aufweisen. Die Folge hiervon

ist ein vermehrtes Gefühl der Rechtsunsicherheit bei allen Denen, die mit Dynamit manipuliren müssen.

Der in Anlage X mitgetheilte Fall eines in Bernburg stattgefundenen Prozesses zeigt, wie sehr selbst bei den Ortsbehörden vielfach noch völlige Unklarheit darüber herrscht, wann und wie sie die durch Reichsgesetz vorgeschriebene oder die partikularrechtlich verordnete Polizei-Genehmigung auszustellen haben. Der Grubenbesitzer Höltzke, der Gastwirth Becker und der Arbeiter Bränner werden angeklagt, obgleich sie eine obrigkeitliche Erlaubniss erlangt hatten! Freigesprochen, legt der Staatsanwalt Revision ein und müssen die 3 Dynamit „Verbrecher“ noch einmal vor dem Reichsgericht einen Kriminalprozess durchmachen, dessen nach mehreren Richtungen interessantes Schlussurtheil Anlage XI enthält.

Einen weiteren Beleg, wie aus dem Irrthum über die Tragweite eines polizeilichen Erlaubnisscheins eine Verurtheilung zu 3 Monaten Gefängniss resultiren kann, enthält der in Anlage XII dem „Deutschen Wochenblatt“ entnommene Fall aus Elberfeld.

Wenn ein Gesetz mit so weittragenden Folgen und so schweren Strafbestimmungen bestehen will, so sollten zum mindesten die Ausführungsbestimmungen für das ganze deutsche Reich gleichlautend und in solcher Ausführlichkeit erlassen werden, dass alle Diejenigen, die in gutem Glauben mit Dynamit hantiren müssen, sich vor schweren Strafprozessen schützen könnten. Es kann in dieser Beziehung bis zu einem gewissen Grade als Muster dienen die schon citirte englische Explosives Act vom 14. Juni 1875, deren 122 Artikel allerdings zu umfänglich zu wörtlicher Wiedergabe sind. Dagegen sei in Anlage XIII noch ein kurzes Resumé des französischen Dynamitgesetzes vom 8. März 1875 und des auf Grund desselben erlassenen Dekrets

vom 24. August 1875 mitgetheilt. So hart und wider unser Rechtsgefühl verstossend vielfach die französischen Bestimmungen sind, so lassen sie doch an Präzision nichts zu wünschen übrig und machen wenigstens eine massenhafte Verurtheilung vollkommen unschuldiger Leute zu schweren Gefängnisstrafen, wie sie in Deutschland jetzt an der Tagesordnung ist, durchaus zur Unmöglichkeit.

Schon die vorstehend aufgeführten Momente dürften mehr als ausreichend erscheinen, um den Antrag auf Beseitigung eines in dieser Weise verunglückten Gesetzes zu rechtfertigen. Die Kritik der folgenden Paragraphen und die Vervollständigung des einschlägigen Materials kann der mündlichen Verhandlung und eventuellen Kommissions-Berathung dieses Antrages vorbehalten bleiben.

In Anlage XIV—XVII folgen noch einige charakteristische Urtheile aus dem Publikum und der Presse.

Anlage I.

1) Die «Breslauer Gerichts-Zeitung» Nr. 4, Sonntag den 25. Januar 1885, berichtet aus **Elberfeld**: Drei Dynamitpatronen. Der Bauunternehmer D. und sein früherer Arbeiter R. geriethen im August v. J. wegen Lohndifferenzen in Streit. In Folge dessen wurde R. entlassen und suchte sich an D. dadurch zu rächen, dass er diesen wegen unerlaubter Aufbewahrung von Dynamitpatronen bei der Polizei denunzirte. Die Freude des Arbeiters war unbeschreiblich, als am 3. Oktober v. J. in der Nähe der D.'schen Arbeitsstellen, die er seit seiner Anzeige täglich umkreiste, drei Polizeibeamte erschienen und sogleich mit dem früheren Chef an die Arbeit gingen. Die langen Nachforschungen waren vergeblich, die Patronen fanden sich nicht, und R. blieb zunächst unbefriedigt. Dass hier und in der Umgegend jeder Bauunternehmer und auch viele andere Personen zu Geschäftszwecken Dynamit haben müssen, ist hinreichend bekannt, auch D. benutzte solches zu den qu. Zwecken; nur bewahrte er die Patronen nicht auf den Bauplätzen, sondern in seiner Wohnung und unter Verschluss auf. R. fertigte eine neue Anzeige gegen D., und die Polizei wurde noch aufmerksamer, Um weiteren polizeilichen Besuchen aus dem Wege zu gehen, entschloss sich der Bauunternehmer, die von ihm unverbrauchten Dynamitpatronen der Polizei zu übergeben. Hiebei wurde fest gestellt, dass D. für den Besitz des Dynamits keine gesetzliche Erlaubniss hatte. Wegen dieser Gesetzesumgehung erfolgte nun die Anklage, gegen die sich D. zu verantworten hatte. Er gesteht die Thatsache offen ein und bemerkt zu seiner Vertheidigung, dass er von dem am 11. Juni v. J. erfolgten Erlasse und den gesetzlichen Bestimmungen, wonach Niemand ohne polizeiliche Erlaubniss im Besitze von Dynamit etc. sein darf, keine Kenntniss gehabt, seine vielen Arbeiten beschäftigten ihn unausgesetzt, so dass er zum Lesen von Gesetzblättern und Zeitungen niemals Zeit gefunden. Andernfalls würde er die

Patronen vor dem 11. Juni v. J. verschossen oder die polizeiliche Erlaubniss erwirkt haben. Die Strafkammer vermochte nach Lage der gesetzlichen Bestimmungen keine Rücksicht auf diesen Einwand zu nehmen, da Unkenntniss der Gesetze vor Bestrafung und Schaden nicht zu schützen vermag, und obgleich feststand, dass D. das Dynamit nicht in verbrecherischer Absicht aufbewahrt, erfolgte seine Verurtheilung zu dem geringsten Strafmass von 3 Monaten Gefängniss. Der Gerichtspräsident empfahl dem Verurtheilten ein Gnadengesuch an S. M. den Kaiser, da hier jede böswillige Absicht fern liege und D. auch als ein Mann von patriotischer Gesinnung hinreichend bekannt sei; nach Lage der Sache würde ihm dann wohl die Strafe Allerhöchst erlassen werden. Die Verurtheilung habe nach dem Gesetz stattfinden müssen.

*

*

*

2) Dasselbe Blatt Nr. 18. vom 3. Mai 1885 berichtet von ebenda: **Elberteld**. Dynamitfreund. Auf der Landstrasse von Neviges nach Mettmann schritt am 4. Oktober v. J. der im besten Mannesalter stehende Arbeiter W. heimwärts. Sein ohnedies bedürftiger Anzug war von dem unausgesetzt fallenden Regen durchnässt, und ein heftiger Frost, die Folge eines herrschenden Westwindes, schüttelte den einsamen, aber wohlgemuth fürbass schreitenden Wanderer, den des Lebens Sorgen bereits wetterhart gemacht hatten. Es war noch früh am Tage. In der Nähe von Mettmann beschleunigte W, seine Schritte wegen einer mächtigen Rauchsäule, die einem Hause entstieg, das zur Nachbarschaft der freundlichen Städtchens gehörte. In kurzer Zeit erreichte er den Unglücksort und betheiligte sich bald an dem Rettungswerke. Hierbei gelang es ihm, neben anderen Gegenständen auch eine Kiste zu bergen, die seiner Meinung nach einen werthvollen Inhalt haben musste. Sorgfältig stellte er dieselbe an einen besonders gut gelegenen Platz und setzte darnach seine Rettungsthätigkeit fort. Unablässig peinigte ihn freilich der Gedanke an die den Flammen entrissene Kiste mit ihrem verdächtigen Inhalte, und noch ehe man des Feuers Herr geworden war, verliess W. die Brandstätte und schritt gemessen seinem Wohnorte zu. Am Abende desselben Tages besuchte er dann aber nocheinmal den Ort, nahm die gerettete und sorgfältig verborgene Kiste an sich und entfernte sich mit

ihr schleunig nach der Windseite hin. In seiner Wohnung entdeckte er nun, dass der Inhalt nicht aus Werthgegenständen bestand; die Kiste enthielt — Dynamit! Mit Wohlgefallen betrachtete er das Material und kam hierbei auf den Gedanken, das Gerettete für sich zu behalten und zu seinen Zwecken zu verwenden. Anlässlich des Feuers war indess ausser dem Besitzer des Hauses auch die Polizei in höchster Bestürzung, weil man wusste, dass in einem Zimmer Dynamit aufbewahrt sei, und eifrig bestrebte man sich, dasselbe aufzufinden. Wesshalb das Dynamit sich nicht entzündet, blieb Allen ein Räthsel, da man den wahren Sachverhalt nicht kannte. Doch W. war froh, im Besitze desselben zu sein, und benutzte es täglich zu seinen Arbeiten. Als er jedoch am Abend des 8. Oktober v. J. in seine Wohnung zurückkehrte, fand er die Polizei zu seiner Verhaftung bereit, denn dieselbe hatte das Gesuchte gefunden. Wegen Unterschlagung und Aufbewahrung von Dynamitpatronen ohne polizeiliche Erlaubniss stand deshalb W. am 27. v. M. vor der hiesigen Strafkammer. Zu seiner Vertheidigung führte er an, dass er durch Rettung und Wegnahme von Dynamitpatronen namenloses Unglück verhütet habe; die Sprengmasse hätte man ihm ruhig lassen können; das betreffende Gesetz und sein Verbot habe er nicht gekannt. Das Urtheil der Strafkammer lautete auf drei Monate und drei Tage Gefängniss.

*

*

*

3) Das in München erscheinende „Deutsche Wochenblatt“ No. 15 vom 17. Mai 1885 schreibt: **Das Dynamitgesetz in der Praxis.** Aus Württemberg wird geschrieben: »Seit 9. Juli 1884 hat Deutschland ein Dynamitgesetz. Während des nun 10 monatlichen Bestehens dieses Gesetzes wurden von württembergischen Gerichten allein schon 5 Personen abgeurtheilt, welche gegen die Bestimmungen obigen Gesetzes verstossen hatten. Bis jetzt waren immer solche Personen wegen eines Vergehens gegen das »Gesetz, betreffend den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen« angeklagt, welche weder von der Existenz dieses Gesetzes, viel weniger aber noch von einer Verfehlung gegen dasselbe nur die geringste Ahnung hatten. Da aber die gesetzlich mindeste Strafe laut jenem Gesetze drei Monate beträgt, so waren die Gerichte immer gezwungen, auf diese Minimalstrafe

zu erkennen und — nachher die Gnade des Königs anzurufen. Der neueste Dynamiterich ist der Schreiner Henne in Dekkhofen. Derselbe hatte nicht viel in seinem Handwerk zu schaffen und um wenigstens leben zu können, kam er auf den Gedanken, ein neues Pulver zu erfinden, das alle bisher bekannten Pulversorten übertreffen und ihm ein Patent, wenigstens aber eine Staatsunterstützung eintragen sollte. Er erfand ein starkes Sprengpulver, ging dann zum Schultheissen, um denselben zu bitten, ihm zu einer Staatsunterstützung behilflich zu sein. Da Henne aber vergessen hatte, die im Dynamitgesetz vorgeschriebene polizeiliche Genehmigung zur Herstellung von Sprengstoffen einzuholen, so erhielt er durch Urtheil des Landgerichts Rottweil drei Monate Gefängniss — und somit hatte er eine Staatsunterstützung.» — Aus Westfalen wird geschrieben: «Von der Strafkammer in Hagen wurde am 2. ds. Mts. wiederum ein Arbeiter aus Iserlohn wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz, Aufbewahrung von Sprengstoffen ohne polizeiliche Genehmigung, zu der Minimalstrafe von 3 Monaten Gefängniss verurtheilt; es ist dies in Hagen der fünfte Fall in den wenigen Monaten, dass Leute, die von der Existenz des Gesetzes nachgewiesenermassen keine Ahnung hatten, verurtheilt werden mussten. Demgegenüber ist es wahrlich an der Zeit, zu fragen: Genügt namentlich für kleinere Ortschaften, die bisher übliche Publikation eines derartigen Gesetzes, oder dürfte es vielmehr nicht an der Zeit sein, derartige Gesetze, die bisher Straffloses unter schwere Strafe stellen, durch Anschlag auf öffentlichem Markte Jedermann derartig kundzugeben, dass von einer Urkenntniss derselben nicht mehr die Rede sein kann?»

*

*

*

4) No. 23 vom 7. Juni 1885 der „Breslauer Gerichtszeitung“ enthält folgenden Bericht aus Beuthen O.-S.: Wegen Vergehen gegen § 9 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 (Dynamitgesetz) hatten sich vor der Strafkammer II der Aufseher Karl Prziaillok und der Arbeiter Josef Wawrziok zu verantworten. Prziaillok hat eine grössere Quantität Dynamit ohne polizeiliche Genehmigung in seinem Besitz gehabt und den gefährlichen Sprengstoff an den Mitangeklagten verkauft. — Beide Angeklagte waren geständig und wurden zu der Minimalstrafe von je 3 Monaten Gefängniss verurtheilt.

5) In No. 25 der «Dresd. Gerichtsztg.» von 1885 heisst es: Macht Euch mit den neuen Gesetzen besser vertraut, möchte man von Zeit zu Zeit allen Staatsbürgern zurufen, welche für sich dahin leben und sich um das, was im öffentlichen Interesse anzuordnen die Obrigkeit für gut befindet, nicht kümmern. Vor dem Landgericht Plauen erschienen der 37 Jahre alte Restaurateur Christian Friedrich Hörning jr., dessen Vater, der 61 Jahre alte Christian Friedrich Hörning sen., der 50 Jahre alte Brunnenbauer Johann Georg Heuschmann und der 34 Jahre alte Brunnenbauer Friedrich Louis Särchinger sämmtlich aus Chrieschwitz wegen Vergehen gegen das Reichsdynamitgesetz, allen vier Personen wird von ihrer Gemeindebehörde ein gutes Leumundszeugniss ausgestellt. Hörning jr. hat im October des vorigen Jahres auf seinem Neubau in Chrieschwitz, welcher von seinem Vater vielfach beaufsichtigt wurde, von dem Brunnenbauer Heuschmann einen Brunnen graben und bez. aussprengen lassen und dazu auf Verlangen Heuschmann's und mit Zustimmung seines Vater, welcher auch das Geld hierzu hergab, in Plauen 5 Pfund Dynamit holen lassen. Heuschmann bekam das Dynamit von Hörning sen. und verwahrte es während der Vornahme der Sprengarbeiten in einem mit Ziegeln zugedektem Loche im Brunnen. Nach Fertigstellung des Brunnens waren noch $3\frac{1}{4}$ Pfund Dynamit vorhanden. Diesen Rest legte Hörning jun. im Gewölbe seines Vaters nieder und verkaufte ihn an den Brunnenarbeiter Särchinger, welcher auf dem Preisselpöhl einen Brunnen zu bauen hatte. Särchinger nahm das Dynamit in Empfang und verwahrte es in einer in die Erde eingegrabenen Lade. Da nun nach § 9 des oben angeführten Gesetzes das Aufbewahren und Verkaufen von Sprengstoffen nur mit behördlicher Genehmigung geschehen darf, die vier Angeklagten eine derartige Genehmigung aber nicht besaßen, so haben sie sich gegen die Bestimmungen des erwähnten Gesetzes vergangen. Das Anführen der Angeklagten, dass sie von dem bezüglichen Gesetz keine Kenntniss gehabt haben, erscheint glaubhaft. Die Angeklagten wurden zu der gesetzlich zulässig niedrigsten Strafe, je drei Monate Gefängniss, sowie zur gemeinschaftlichen Bezahlung der Kosten verurtheilt.

*

*

*

6) Die «Breslauer Gerichtszeitung» meldet aus Beuthen O.-S. (Nr. 28 vom 12. Juli 1885): Wieder war es ein Vergehen gegen

das Dynamitgesetz, mit welcher sich die hiesige Strafkammer dieser Tage in einer längeren Sitzung zu beschäftigen hatte. Der Bergmann Josnionek aus Königshütte hatte sich in den Besitz von Dynamitpatronen gesetzt und solche einem alten Brauch zufolge am heiligen Abend abgebrannt. Bereits vor geraumer Zeit war J. dieserhalb zu 9 Monaten Gefängniss verurtheilt worden. Der Verurtheilte behauptete indess, es läge ein Irrthum in der Person vor, und nachdem er einige Zeugen vorgeschlagen hatte, gelang es ihm, die Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen. Dieselbe war ohne Erfolg, indem das erste Urtheil seine Bestätigung erhielt.

*

*

*

7) «Berliner Börsenkurier» vom 6. September 1885 schreibt: Ein Vergehen gegen das sogenannte Dynamitgesetz beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichtes I. Bei dem Kaufmann Heinrich Fischer wurden im Herbste des Jahres 1884 fünfzehnhundert Stück Zündhütchen mit Beschlag belegt, welche derselbe in seiner, in der Grünstrasse belegenen Wohnung im Schreibpulte aufbewahrte. Da das vorbenannte Gesetz die Aufbewahrung von Sprengstoffen in menschlichen Wohnungen verbietet, so wurde gegen Fischer obige Anklage erhoben. Derselbe behauptete im Termine, dass die qu. Zündhütchen überhaupt nicht zu den Sprengstoffen zu rechnen seien, denn sie seien nur da, die Sprengstoffe zu entzünden. Er habe früher im Harz ein Kupferbergwerk besessen und in diesem seien die Zündhütchen verwendet worden. Noch bevor jenes Gesetz in Kraft getreten, habe er dieselben zur eventuellen Verwerthung mit in seine Wohnung genommen, als der Betrieb in seinem Kupferbergwerk eingestellt wurde. Mit demselben Rechte könnte man die Knallbonbons als Sprengstoffe betrachten, welche ebenso wie die Zündhütchen als Explosionsstoff Knallquecksilber enthielten. Der Sachverständige Dr. Bischof wollte die Zündhütchen desshalb nicht als Schiessmittel, welche nicht unter dem bewussten Paragraphen subsummiren, betrachtet wissen, weil der in denselben befindliche Explosionsstoff — 0.02 in jedem Hütchen, also 30 Gramm in der beschlagnahmten Menge — im Stande sei, eine Sprengung in einem geschlossenen Raume herbeizuführen. Im vorigen Termine bewirkte der Angeklagte eine Vertagung, weil er im Gegensatze zu dem Gutachten

des Dr. Bischof solche von amtlichen Autoritäten beizubringen sich erbot, welche eine für ihn günstige Auffassung vertraten, und sind denn auch eine ganze Reihe Gutachten sowohl von Privatpersonen, wie von Polizeibehörden eingeholt worden. Es wurden solche von der Hamburger, Beuthener und Düsseldorfer Polizeibehörde verlesen und alle gipfelten darin, dass die Zündhütchen als «Sprengstoffe» nicht zu bezeichnen sind. Der Staatsanwalt hielt aber dennoch auf Grund des Dr. Bischof'schen Gutachtens die Anklage aufrecht und beantragte, weil der Angeklagte jedenfalls nicht in doloser Absicht sich vergangen, das niedrigste Strafmass — drei Monate Gefängniss. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Kaufmann, führte aus, dass der, nach dem Gesetze vom 9. Juni 1884 gefasste Bundesrathsbeschluss, welcher die Zündhütchen zu den Sprengstoffen rechnet, zur Zeit der incrimirten That des Angeklagten noch nicht existirte; schon desshalb, abgesehen von dem ihm günstigen Urtheilen der Sachverständigen, müsste die Freisprechung des Angeklagten erfolgen. Eventuell beantragte er die Ladung anderer Sachverständiger und Chemiker, welche sich mit den Ansichten des Dr. Bischof im Widerspruche befänden. Der Staatsanwalt beantragte dagegen, eventuell vom Ministerium des Innern ein Obergutachten zu erbitten. Der Angeklagte, der das letzte Wort erhielt, führte noch an, dass der Magistrat zu Goslar noch im Anfange dieses Jahres den Verkauf und die Aufbewahrung der Zündhütchen unbeanstandet genehmigt habe, und auch andere Polizeibehörden hätten in gleichem Sinne entschieden. Der Gerichtshof äusserte sich zunächst dahin, dass die Zündhütchen unbedingt als Sprengstoffe anzusehen seien. Es sei dem Angeklagten aber zu glauben, dass er sie derzeit, als er sie in Verwahrung nahm, nicht als solche angesehen habe und müsse desshalb wegen mangelnden Dolus seine Freisprechung erfolgen.

*

*

*

8) «Dresdener Ger.-Ztg.» vom 8. August 1885 schreibt: Steter Umgang mit gefährlichen Stoffen erzeugt Nachlässigkeit. Der Kaufmann Wilhelm Louis Hähnel aus Pirna, am 2. Mai 1843 in Kleinwaltersdorf geboren, noch unbestraft, besass vom Stadtrath zu Pirna die Erlaubniss des Handels mit Sprengstoffen. Im Januar d. J. lieferte Hähnel 175 Kilo Dynamitpatronen an das Grusons'sche Hüttenwerk zu Berggiesshübel. Der Sprengstoff

wurde indess bemängelt und Hähnel'n zur Disposition gestellt. Derselbe bat, den Stoff im Depot des Hüttenwerkes liegen lassen zu dürfen, um denselben von da aus nach und nach zu verkaufen. Als Lagerplatz ward ein alter, nicht mehr in Betrieb befindlicher etwa 500 Meter langer Stollen benutzt. Da zur Aufbewahrung dieses Sprengmittels laut Verordnung vom Jahre 1884 besondere ortspolizeiliche Erlaubniss gehört, so hätte Hähnel solche auch beim Bürgermeisteramte zu Berggiesshübel einholen müssen. Er that dies indessen nicht, sondern vertröstete sich damit, dass ja die Hüttenverwaltung solche Erlaubniss besitze. Weiter aber verkaufte Hähnel diesen seinen Dynamitvorrath in der Zeit vom 19. Januar bis 25. April in einzelnen verschiedenen Posten in die Umgegend, theils nach Pirna selbst, nach Rottwerndorf, Zuschen-
dorf u. s. w. Den Transport bewirkte er mittelst eines leichten einsitzigen Wagens ohne besondere grosse Vorsichtsmassregeln, jedenfalls aber unter Nichtbeachtung der Vorschriften, den Wagen mit einem Plantuch zu verdecken, an demselben eine schwarze Fahne mit weissem P anzubringen und sich von der Ortsbehörde mit einem Transportschein zu versehen, auch führte er kein besonderes Register hierüber, wie dies mittelst Verordnung vorgeschrieben ist. Den Transport bewirkte er gewöhnlich persönlich, da nur ihm selbst das Dynamit von der Hüttenverwaltung ausgehändigt wurde. Am 24. März sandte er jedoch einen Arbeiter zur Abholung von 15 Kilo, die Hüttenverwaltung verlangte aber, da Hähnel nicht selbst kam, den Vorweis einer polizeilichen Erlaubniss, und der Arbeiter, der zum Transport des Dynamits nur mit einem Handschlitten versehen war, erschien beim Bürgermeister um die erforderliche Erlaubniss einzuholen. Dieselbe wurde ihm indess verweigert, wohl aber erlangte die Berggiesshübler Ortspolizei nunmehr Kenntniss davon, dass Hähnel unbefugt Dynamit im Orte aufbewahre und andern Tags wurde Hähnel sogar betroffen, als er auf seinem leichten Kutschwägelchen eben solchen gefährlichen Transport ohne jede besondere Vorsichtsmassregeln bewirkte. Unter Anklage gestellt, macht der Angeklagte geltend, die einzelnen einschlagenden Bestimmungen seien ihm nicht allenthalben bekannt gewesen, er habe geglaubt, da er einen Erlaubnisschein zum Handel vom Stadtrath zu Pirna besitze, könne er unbehindert irgendwohin den Sprengstoff vertreiben, den Wagen habe er besonders zum Transport des Sprengstoffes bauen lassen,

zum Personentransport sei derselbe nicht bestimmt gewesen und überdiess habe er eine starke Lederdecke stets über den Sprengstoff hinweggezogen. Dieser Einwendungen ungeachtet wurde der Angeklagte wegen Vergehens gegen das Gesetz, die Aufbewahrung von Sprengstoffen betr., mit der zulässig mildesten Strafe von 3 Monaten Gefängniss, wegen der übrigen Uebertretungen, leichtsinnigen Transports, unterlassener Anzeige und Nichtführung eines Registers zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt.

*

*

*

9) Die Reichsgerichtskorrespondenz (in No. 66 Dresd. Ger.-Ztg.) berichtet: **Eine Dynamitgeschichte.** Gelegentlich einer polizeilichen Haussuchung wurden bei dem Bergmann Anton Friedhoff aus Eiferfeld vier Dynamitpatronen in einem Strumpfe auf einer Kiste vorgefunden. Da er keine polizeiliche Erlaubniss zum Besitze von Sprengstoffen besass, so wurde gegen ihn Anklage auf Grund des Dynamitgesetzes erhoben. Er gab in der Hauptverhandlung an, er habe im Jahre 1882 von einem Steinbrechergehilfen, als derselbe die Arbeit einstellte und abreiste, jene Dynamitpatronen zum Aufbewahren erhalten und in den Strumpf gethan, in welchem sie aufgefunden seien. Im Laufe der Zeit sei ihm die ganze Angelegenheit aus dem Gedächtnisse entfallen und erst am Abend vor der Haussuchung habe ihn seine Frau daran erinnert. An diesem Abend habe er der Polizeibehörde von dem Besitze der Patronen keine Anzeige mehr erstatten können, weil es schon zu spät gewesen sei. Seine Absicht aber, am andern Morgen Anzeige zu machen, habe er deshalb nicht ausführen können, weil er dringende Geschäfte gehabt habe; so sei ihm die Polizei zuvor gekommen. Das Gericht hielt dieses Vorbringen für glaubhaft und führte im Urtheile aus: So viel ist festgestellt, dass der Angeklagte an jenem Abend wusste, dass er Patronen besass und dass er am andern Morgen sich die Erlaubniss nicht verschaffte. Trotzdem ist auf Freisprechung zu erkennen gewesen. Die Ueberschrift des Gesetzes besagt, dass dasselbe gegen gemeingefährlichen Besitz und Anwendung gerichtet sein soll. Behauptet nun der Angeklagte, der Sprengstoff sei infolge des langen Daliegens so sehr verdorben, dass er gänzlich wirkungslos sein muss, so kann von dem Besitze von Sprengstoffen nicht mehr die Rede sein. — Bemerkt sei hier noch, dass

ein als Zeuge vernommener Steiger Folgendes ausgesagt hatte: Die betreffenden Patronen waren mehrere Jahre alt, daher war das eigentliche Dynamit derselben nicht mehr feucht, wie dies ein wirksames Dynamit sein muss, sodass ich grosse Zweifel hege, ob die Patronen noch brauchbar waren. Eine Probe zu machen, habe ich mich nicht für befugt gehalten. — Gegen die Freisprechung hatte der Staatsanwalt Revision bei dem Reichsgerichte eingelegt. Er sagte zur Begründung derselben Folgendes: Das Gericht nimmt an, es müsse festgestellt werden, ob ein Sprengstoff wirklich geeignet sei zum Sprengen; eine solche Feststellung dürfte nicht wohl zu erweisen sein, namentlich wenn es nicht möglich ist, des Stoffes habhaft zu werden. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision gemäss dem Antrage des Reichsanwaltes, welcher sich dahin aussprach, dass der Besitz von Dynamit nur strafbar sei, wenn es Dynamit sei und dass der erste Richter eine genügende negative Feststellung gegeben habe, dass das vorgefundene Dynamit nicht mehr als Sprengstoff habe wirken können.

*

*

*

10) «Bresl. Ger.-Ztg.» No. 36 vom 6. September 1885 schreibt aus **Gleiwitz**: Dynamitgeschichten. In der letzten Sitzung der Ferienstrafkammer wurden zwei Personen wegen Vergehen gegen § 8 des Gesetzes vom 9. Juni 1884, betreffend den Gebrauch von Sprengstoffen, zu der Minimalstrafe von je ein Jahr Gefängniss verurtheilt. In dem einen Falle handelte es sich darum, dass sich der Arbeiter Jakob Marzellan aus Laband in den Besitz von 4 Dynamitpatronen gesetzt hatte, um, wie er zu wiederholten Malen gedroht hatte, mit denselben das Haus des Ingenieurs Rodisch, welchem er die Schuld zuschiebt, dass er aus der Arbeit entlassen worden war, in die Luft zu sprengen. Hier war die Strafe eine wohlverdiente. — Erheblich milder erscheint indess die That des zweiten Angeklagten, des Arbeiters Karl Adamiok aus Lubie, und es ist in diesem Falle recht bedauerlich, dass das Gesetz eine mildere Strafe nicht zulässt. Adamiok hatte im Mai c. zwei Dynamitpatronen gefunden. Er hatte dieselben an sich genommen und den Fehler begangen, dieselben nicht auf der Polizei abzugeben. Im freien Felde hatte er sie vielmehr abgebrannt, und zwar, wie er angiebt, nur in

guter Absicht, damit durch die Patronen kein grösseres Unglück geschehe. All' dies kann ihn vor der gesetzlich niedrigsten Strafe von einem Jahr Gefängniss nicht schützen, das Gesetz belegt eben Denjenigen mit Strafe, welcher sich in den Besitz von Sprengstoffen unter Umständen setzt, welche nicht erweisen, dass dies zu erlaubten Zwecken geschehen sei. Der Vorsitzende der Strafkammer, Herr Landgerichtsrath Bähnisch, erklärt dem Angeklagten, dass ein Jahr die niedrigst zulässige Strafe sei, und giebt ihm anheim, gegen die Verurtheilung die Gnade des Kaisers anzurufen.

* * *

11) «Verkündiger und Anzeiger an der Nieder-Wupper» vom 24. Oktober 1885: In Recklinghausen ist der Fabrikbesitzer und Pulver-Fabrikant W. Schorr (Firma Kayser & Schorr) zu 3 Monat Gefängniss verurtheilt worden, weil er in einem Falle eine Fuhre Dynamit aus seiner Fabrik versandt hatte, ohne diese sowie den von der Fuhre einzuschlagenden Weg der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

* * *

12) «Bresl. Ger.-Ztg.» vom 29. November 1885. **Hirschberg.** Das Dynamit-Gesetz. Die Steinbrecher Wilhelm Hoffmann und Joseph Puschmann aus Landeshut, sowie der Kaufmann Robert Fabig aus Waldenburg sind der Verletzung des Dynamit-Gesetzes vom 9. Mai 1884 angeklagt. Die beiden Steinbrecher hatten von der Ortspolizei eine Bescheinigung, wonach sie zur Entnahme von Pulver für ihre Zwecke berechtigt waren. Als dieselben im Mai dieses Jahres bei Herrn Fabig wieder 20 Pfund Pulver holen wollten, machte ihnen dieser bemerklich, dass er auch allerhand andere Sprengstoffe, wie Kupferhütchen, Dynamit und Anderes zu verkaufen habe, worauf sie nur 10 Pfund und 5 Pfund Dynamit kauften. Laut Gesetz vom 9. Mai vorigen Jahres darf aber Dynamit nur dann verkauft werden, wenn hierzu vom Käufer eine Extrabescheinigung, bei Ortschaften unter 10,000 Einwohnern vom königlichen Landrathsamt ausgestellt, vorgezeigt werden kann. Eine solche besaßen die Angeklagten nicht und der Kaufmann Herr Fabig hat eine solche auch nicht verlangt. Obgleich alle Drei behaupten, namentlich glaubwürdig

gemacht von den beiden Steinarbeitern, dass sie das noch jugendliche Gesetz gar nicht gekannt, dass ihnen auch jede andere Absicht, als nur Steine zu sprengen, fern gelegen habe, so musste doch auf das mindeste zulässige Strafmass von je 3 Monaten Gefängniss erkannt werden. Vom Vorsitzenden der Strafkammer wurden die Verurtheilten, da es ein anderes Rechtsmittel in dieser Sache nicht gebe, auf den Gnadenweg verwiesen.

*

*

*

13) Die «Dresdn. Ger.-Ztg.» vom 9. Januar 1886 schreibt: Ausnahmegesetze erreichen, wie die Erfahrung lehrt, nicht dasjenige, was dem Gesetzgeber als Gesetzeszweck vorschwebte. Der Grund davon liegt zumeist darin, dass es bei ihrem Zustandekommen, da sie durch aussergewöhnliche Erscheinungen hervorgerufen werden, an jedem Analogon fehlt, an welchem sich die Gesetzeswirkung im Voraus auch nur annähernd absehen liesse. Als ganz besonders verfehlt hat sich aber das Dynamitgesetz vom 9. Juni 1884 erwiesen, welches bei der Berathung im Reichstage darum keine Opposition fand, weil sich Niemand dem Verdachte aussetzen wollte, als sympathisire er mit den Umsturzpartheien. In der Zeit hat nun die Gerichtspraxis gezeigt, dass unter diesem strengen, seine Spitze gegen die Anarchisten richtenden Gesetze lediglich friedliche Staatsbürger zu leiden hatten, indem solche wiederholt bestraft wurden, obwohl sie nur aus Gesetzesunkenntnis und zu ganz legitimen Zwecken im Besitze von Sprengstoffen sich befanden. Dem entgegengesetzt traf die Strafkammer zu Halberstadt am 23. Dezember eine interessante Entscheidung, aus welcher hervorgeht, wie man auch in richterlichen Kreisen anfängt, das Dynamitgesetz für ein sehr bedenkliches zu halten. Der Thatbestand war folgender: Der Knecht Wilhelm Reitmann und der Arbeiter Heinrich Ribbe aus Zilly, waren von ihrem Dienstherrn, dem Oeconom Möhring, ebendasselbst wohnhaft, beauftragt, in Rübeland in der Pulvermühle für die Firma Kramer & Buchholz zwei Centner Dynamit zu holen für Rechnung der zwischen Zilly und Dardesheim liegenden Koprolithangrube, das heisst eines Werkes, in dem die Exkremeute vorweltlicher Thiere aus dem Gestein gegraben werden. In der Fabrik wurde den Beauftragten der Sprengstoff auch verabfolgt, obwohl sie hierzu den polizeilichen Erlaubnisschein nicht besaßen, nachdem sie aber

über den Transport genau informirt worden waren. Mit dem bei dergleichen gefährlichen Beförderung vorgeschriebenen schwarzen Fähnchen, auf dessen Grunde ein weisses P. sich befindet, versehen, fuhr der Wagen nach seinem Bestimmungsorte, durch die zu passirenden Ortschaften von dem Ortspolizisten geleitet. Nachdem die Geschirrführer ihre Ladung auf dem Schachte abgeliefert hatten, fuhren sie heim, ohne die vielsagende Fahne vom Wagen herabzunehmen, so dass der des Wegs daher kommende Gensdarm Meyer das Fuhrwerk anhielt und den ganzen Sachverhalt erfuhr. Nach erstatteter Anzeige wurden die beiden Fuhrbegleiter unter Anklage gestellt und gegen sie von der Staatsanwaltschaft die niedrigste Strafe von 3 Monaten Gefängniss beantragt. Die strenge Haltung an den Wortlaut des Gesetzes schlägt sehr oft zum Nachtheile der Angeklagten aus, im vorliegenden Falle kam sie ihnen zu Gute. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung mit der Motivirung, dass es bei einem scharfen Ausnahmegesetze die Pflicht des Richters sei, auch streng nach dem Buchstaben zu urtheilen. Der § 9 des Gesetzes besage ausdrücklich, dass nur, wer im Besitze derartiger Stoffe betroffen wird, zu bestrafen sei. Die Angeklagten hatten aber schon den Dynamit abgeliefert, waren also nicht im Besitze desselben, als der Gensdarm mit ihnen zusammentraf.

* * *

14) Zur Praxis des Dynamitgesetzes. **Hirschberg** (in Schlesien), 12. Jan. Vor der hiesigen Strafkammer wurden heute hintereinander zwei Sachen wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 9. Mai 1884 (Dynamitgesetz) verhandelt die Angeklagten waren Bergleute und zwar der eine August Kirstein aus Rothenbach, der andere Karl Brodsack aus Wüsteröhrsdorf, Kreis Landeshut. Kirstein hatte sich im August v. J. drei Patronen im Werthe von 45. Pfg. mit nach Hause genommen, wie er selbst sagte, aus Versehen und mit dem Willen, dieselben am anderen Morgen wieder mit nach dem Schacht zu nehmen. Dies hatte er jedoch vergessen und da die Bergarbeiter das nicht verbrauchte Sprengmaterial wieder nach Beendigung der Schicht abzuliefern haben, Kirstein aber die Patronen nicht sofort zurückgebracht hatte, so ward Haussuchung bei ihm gehalten und Anklage wegen Unterschlagung gegen ihn erhoben, der sich die

Anklage wegen Vergehen gegen das Dynamitgesetz überhaupt anschloss. Da durch den Grubenbesitzer in der Verhandlung behauptet wurde, das Dynamitgesetz wäre den Bergarbeitern bekannt, dasselbe würde ihnen alle drei Monate extra vorgelesen, da auch sonst durch Zeugen festgestellt wurde, dass Kirstein die Patronen ein paar Kollegen gezeigt mit der Aussage, »nun könne er Fische schießen gehen«, so beantragte die Staatsanwaltschaft, auch deswegen, weil der Angeklagte die Sache jetzt anders als in der Voruntersuchung hinstelle, eine strengere Strafe als die mindest zulässige, und zwar 5 Monate wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz und 1 Monat wegen Unterschlagung. Der Gerichtshof erkannte jedoch nur auf eine Gesamtstrafe von 3 Monat und 1 Woche Gefängniss. — Der andere Angeklagte ist durch eine von der Arbeitsstelle mit nach Hause genommene Patrone, mit welcher er sich einen ihm gehörigen Stock im Walde sprengen wollte, um die linke Hand gekommen und dadurch zum erwerbsunfähigen Krüppel geworden. Er hatte sich mit gedachter Patrone, da er dieselbe zum Stocksprengen nicht bedurfte, einen Spass vorgenommen, indem er auf freiem Felde dem seine Hochzeit feiernden Nachbar zu Ehren einen Schuss loslassen wollte. Bei dieser Gelegenheit nahm er die Zündschnur nochmals zur Hand, als die Explosion schon erfolgte, worauf das Unglück eintrat. Die Aussage dieses Angeklagten erscheint vollständig glaubwürdig, wonach er behauptet, das in Frage stehende Gesetz mit keinem Wort zu kennen. Festgestellt wurde durch einen als Zeugen anwesenden Steiger, dass eine extra Publikation dieses Gesetzes nicht stattgefunden habe. Auch in diesem Falle erfolgte eine Verurtheilung zu 3 Monat Gefängniss.

Die »Voss. Ztg.« bemerkt zu diesen Prozessen: Die Publikation der Strafe pflegt von dem Richter in den Dynamitprozessen mit dem Hinweis auf ein Gnadeugesuch begleitet zu werden — aber wie mangelhaft ist eine strafgesetzliche Bestimmung, deren Anwendung in den meisten Fällen mit der Ueberzeugung erfolgt, dass die Strafe der That nicht angemessen ist. Wenn es sich noch um ein neues, den Leuten fremdes Material handelte, wäre es leichter, die Ueberzeugung von der Strafbarkeit des nicht ausdrücklich erlaubten Besitzes von Dynamit zur Geltung zu bringen, aber man hat es mit einem Sprengstoffe zu thun, mit welchem Viele seit Jahren zu hantiren gewohnt sind.

15) «Verkündiger an der Nieder-Wupper» 28. Jan. 1886 schreibt: Ein Vergehen gegen das Dynamitgesetz war dem Schachtmeister August T. aus Beringhausen zur Last gelegt und kam in der Strafkammer zu Düsseldorf am 23. d. zur Verhandlung. Nach dem Geständniss des Angeklagten bedurfte er bei den Fundamentierungsarbeiten am Bahnhofsgebäude zu Wermelskirchen des Dynamits zum Sprengen der Felsen. Daher holte er sich 2½ Kilo des gefährlichen Stoffes von der Fabrik bei Opladen. In Wachstuch verpackt, in einem Korbe mit einem Sack zugedeckt, transportirte T. das Dynamit in einem Koupee 4. Classe auf der Eisenbahn von Opladen nach Burscheid. Auf diesem Transporte wurde das Dynamit entdeckt, T. dem Stationsvorsteher zu Burscheid vorgeführt und dann entlassen. Durch den Transport des Sprengstoffes auf der Eisenbahn verstieß T. gegen den § 48 I. Nr. 3 des Betriebsreglements für die deutschen Eisenbahnen. Da er ferner den Sprengstoff in dem Korbe nach Wermelskirchen trug, fehlte er gegen die Regierungsverordnung vom 29. November 1884, wonach Dynamit auf Landwegen nur in hölzernen Kisten transportirt werden darf. Die Strafkammer verurtheilte den T. auf Grund des § 9 Absatz 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1884 zur mildesten Strafe: 3 Monate Gefängniss.

*

*

*

16) Das Münchner «Deutsche Wochenblatt» Nr. 8 dieses Jahres berichtet: **Rudolstadt.** Landgericht, Strafkammer. Sitzung vom 2. Februar. Der Geschirrhalter Christian Methfessel, 53 Jahre alt, noch nicht bestraft, aus Unterloquitz; der Handarbeiter Karl Bergner, 45 Jahre alt, noch nicht bestraft, aus Mittelloquitz, waren sämmtlich eines Vergehens gegen das Reichsgesetz vom 9. Juni 1884 beschuldigt; ausserdem waren noch Karl Meinhard und Christian Bergner der Hehlerei angeklagt. Dem Angeklagten Methfessel waren im April v. J. 5 Pfund Dynamit gestohlen worden. Er machte der Polizei eine Anzeige von dem Diebstahl und in Folge stattgefundener Untersuchung stellte es sich heraus, dass sämmtliche Angeklagte im Besitze von Dynamit gewesen, ohne dazu die gesetzlich verlangte polizeiliche Erlaubniss gehabt zu haben. Der Angeklagte Karl Bergner war vor ca. 10 Jahren mit Wegebauten beschäftigt gewesen und waren ihm zu diesem Zwecke von seinem Herrn die nöthigen Sprengstoffe geliefert

worden. Von den letzteren waren ihm noch 10 Pfund Dynamit übrig geblieben, die aber bei der stattgefundenen Abrechnung verrechnet worden waren. Diese zehn Pfund Dynamit hatte er nun im Januar 1885 an Karl Meinhard und Karl Christ. Bergner für 14 Mark verkauft, und von jedem der Käufer 7 Mark erhalten, in Folge dessen wider diese Beiden eine Anklage wegen Hehlerei erhoben wurde, weil sie gewusst hätten, dass der Verkäufer Bergner das Dynamit auf unrechtmässige Weise erworben habe. Da sich aber aus der heutigen Verhandlung herausstellte, dass die Annahme unbegründet sei, so wurde von Seiten der Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Hehlerei zurückgezogen. In Bezug auf den Besitz von Dynamit entschuldigten sich sämtliche Angeklagte, dass sie vom bestehenden Gesetze keine Kenntniss gehabt hätten. Die Vertheidiger der Angeklagten, die Herren Rechtsanwalt Grosser und Rechtsanwalt Hercher, beantragten die Freisprechung ihrer Klienten und begründeten ihren Antrag dadurch, dass keiner der Angeklagten mehr im Besitze von Dynamit gewesen, als die Anzeige wider sie gemacht worden sei. Die Staatsanwaltschaft beantragte wider sämtliche Angeklagte die geringste zulässige Strafe von 3 Monaten Gefängniss, ausserdem noch wider Karl Bergner wegen Vertriebs von Dynamit ein Monat Gefängniss. Der Gerichtshof verurtheilte diesem Antrage gemäss Christian Methfessel, Karl Meinhard und Karl Christ. Bergner zu je 3 Monaten und Karl Bergner zu 4 Monaten Gefängniss und Alle zu den Kosten.

*

*

*

17) Das «Leipziger Tageblatt» berichtet aus **Dresden**, 5. Febr. Vor der III. Strafkammer des königlichen Landgerichts hatte sich heute der 56 Jahre alte und noch völlig unbescholtene Röhrmeister Carl Gottlob Männel von hier wegen eines Vergehens gegen das Reichsgesetz vom 9. Juni 1884, den verbrecherischen und gemeingefährlichen Verkehr mit Sprengstoffen betreffend, zu verantworten. Der Angeklagte führte früher die Brunnenarbeiten an der Secundärbahnlinie Klotzsche-Königsbrück aus und musste sich dabei des Dynamits bedienen, dessen Rest im Gewichte von etwa 4 Pfund er seit Weihnachten 1884 bis im Dezember 1885 der gesetzlichen Vorschrift zuwider in dem freistehenden Schuppen eines Hauses auf der Terrassengasse verwahrt gehalten hatte. Auch in diesem

Falle bewährte sich der Spruch: «Unkenntniss des Gesetzes schützt vor Strafe nicht!»

*

*

*

18) Nr. 1 von 1886 des «Deutschen Wochenblatts» berichtet aus **Hof**: Wie streng das neue Dynamitgesetz auch gegen Diejenigen vorgeht, die mit Sprengstoffen keinen Unfug treiben, sondern dieselben zur Ausübung ihres Gewerbes brauchen, hat der Bergmann Johann Potzel in Goldkronach erfahren. Derselbe hatte in diesem Sommer auf dem Waldstein einen Keller zu graben und brauchte dazu Dynamit. Da er von der Forstbehörde Sparneck einen Erlaubnisschein zum Sprengen mit Dynamit erhalten, versäumte er es, sich bei der Distriktpolizei besondere Erlaubniss einzuholen, und bezog nach und nach 15 Pfund dieses Sprengmittels bei einem Kaufmann in Weissenstadt Urtheil: 3 Monate Gefängniss.

*

*

*

19) Das «Leipziger Tageblatt» vom 4. März 1886 meldet: Eine bedeutungsvolle Interpretation des Begriffs des Besitzes im Sinne des §. 8 und 9 des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884 bietet das Urtheil des R. G. IV. Strafsenats vom 12. Juni v. J. in der Strafsache wider die Bergmann W'schen Eheleute zu W., welche beide vom Landgericht wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz freigesprochen sind. Das Landgericht hat folgenden Sachverhalt festgestellt: Der Angeklagte, Bergmann Wilhelm W., hatte im Frühjahr 1882 von der Zeche «fröhliche Morgensonne» mehrere Dynamitpatronen zum Zwecke von Sprengarbeiten gekauft, dieselben aber nicht zu dem angegebenen Zwecke verwandt, sondern für sich behalten und nach Hause mitgenommen. Später beauftragte er seine Ehefrau, die Patronen wegzuschaffen und befragte sie, nach erfolgter Bekanntmachung des Gesetzes vom 9. Juni 1884, ob sie die Dynamitpatronen weggeschafft habe, worauf er von der Frau die Antwort erhielt, sie habe die Patronen vergraben. In der That hatte aber die Ehefrau den ihr ertheilten und von ihr angenommenen Auftrag nicht ausgeführt; die Dynamitpatronen waren vielmehr, ohne dass jedoch hiervon der Ehemann Kenntniss hatte, im Hause geblieben und sind demnächst dort von der Polizei auf Angabe

der Frau gefunden worden. In dem Verhalten der beiden Angeklagten findet das Landgericht aber nicht ein strafbares Zuwiderhandeln gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Juni 1884, indem es annimmt, der Ehemann habe den Besitz der Patronen in dem Augenblicke verloren, als er seiner Ehefrau den Auftrag ertheilte, die Patronen wegzuschaffen, und dadurch den Entschluss kundgab, dieselben nicht mehr besitzen zu wollen, und indem es bezüglich der Ehefrau erwägt, dass bei ihr von einem Besitzerwerb nicht die Rede sein könne, weil sie den Willen, zu besitzen, d. h. die Absicht, über die Patronen für sich selbst zu verfügen, nicht gehabt.

Diesen Ausführungen gegenüber führt die Revision der Staatsanwaltschaft, welche gegen beide Angeklagte Verurtheilung beantragt, aus, dass das Landgericht den Begriff des Besitzes im Sinne des Sprengstoffgesetzes zu eng auffasse, indem es hierunter nur den juristischen Besitz im Sinne des Civilrechts verstehe.

Das R.-G. hat die Revision des Ehemannes W. verworfen, dagegen die Freisprechung der Ehefrau aufgehoben und dabei Folgendes ausgeführt: Das für den ganzen Umfang des Reichs bestimmte Sprengstoffgesetz verfolgt ausgesprochenermassen den Zweck, in wirksamer Weise den in dem Missbrauch von Sprengstoffen liegenden, nach den damaligen Erfahrungen stets überhandnehmenden Gefahr für das Gemeinwohl entgegenzutreten. Zur Erreichung des angegebenen Zweckes werden theils vorbeugende Anordnungen getroffen, theils Strafbestimmungen gegeben. Nach den §§ 1 bis 4 soll nämlich ausser der Herstellung und dem Vertriebe auch der Besitz von Sprengstoffen nur mit polizeilicher Genehmigung zulässig sein. Die §§ 7 bis 9 stellen sodann unter verschiedenen Voraussetzungen den «Besitz» von Sprengstoffen unter Strafe. Während nach § 7 der Besitz solcher Stoffe als Verbrechen mit Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren bedroht wird, wenn er mit der Absicht ausgeübt wird, durch Anwendung der Stoffe Gefahr für Andere herbeizuführen, soll nach § 8 der Besitz auch schon dann als Verbrechen angesehen und bestraft werden, wenn die Umstände nicht ergeben, dass der im Besitz Betroffene die Stoffe zu einem erlaubten Zweck inne hat. Der § 9 endlich bedroht denjenigen mit einer Gefängnisstrafe von drei Monaten

bis zu zwei Jahren, welcher im Besitze von Sprengstoffen betroffen wird, ohne eine polizeiliche Erlaubniss hierzu nachweisen zu können. In ihrem Zusammenhange lassen die vorstehend mitgetheilten Bestimmungen keinen Raum für die Annahme, dass neben dem strafrechtlich entscheidenden Willen und Bewusstsein des Thäters zugleich auch noch der privatrechtliche Gesichtspunkt massgebend sein könnte, ob nämlich der Inhaber der Sprengstoffe die Absicht gehabt, über dieselben für sich zu verfügen oder sie für einen Anderen in Gewahrsam zu haben. Auch die von den Regierungen dem Gesetzentwurf beigegebenen Motive lassen deutlich erkennen, dass in dem Gesetze das Wort «Besitz» nur in seinem natürlichen thatsächlichen Sinne und nicht in der technisch-civilrechtlichen Bedeutung hat verstanden werden sollen; denn an mehreren Stellen der Begründung wird der Ausdruck «Innehabung» als völlig gleichbedeutend mit «Besitz» angewandt. Wenn hiernach im Sinne des Gesetzes vom 9. Juni 1884 derjenige im «Besitze» eines Sprengstoffes ist, welcher einen solchen thatsächlich inne hat und zwar gleichviel, ob er die Absicht hat, über den Stoff für sich zu verfügen oder ihn für einen Anderen in Gewahrsam zu haben, so ist doch, anlangend den subjectiven Thatbestand, zugegeben, dass den Strafbestimmungen des Gesetzes und insbesondere auch der des § 9 nur derjenige unterliegt, welcher wissentlich Inhaber von Sprengstoffen ist. Nach der Wortfassung des Gesetzes könnte hierüber allerdings Zweifel entstehen, da nur in dem § 8 das Erforderniss der Wissentlichkeit ausdrücklich aufgestellt ist, während der § 9 denjenigen mit Strafe bedroht, der im Besitze von Sprengstoffen betroffen wird, ohne polizeiliche Erlaubniss zu haben. Nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzes muss aber angenommen werden, dass bezüglich der Frage, ob der mit Strafe bedrohte Besitz ein wissentlich ausgeübter sein müsse, die gesetzgebenden Factoren einen Gegensatz zwischen den §§ 8 und 9 nicht gewollt haben. Bei der Berathung des Gesetzes ist man davon ausgegangen, dass nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen von einem «Besitze» überhaupt nur die Rede sein könne, wenn er mit dem Wissen und Willen des Inhabers ausgeübt werde, und dass demnach ein thatsächliches Innehaben ohne jedes Bewusstsein rechtlich überhaupt nicht in Betracht

komme, so muss dieselbe Auffassung auch für den § 9 des Gesetzes massgebend sein, und es hätte, falls hier etwas Anderes bestimmt werden sollte, dies erkennbar zum Ausdrucke gebracht werden müssen. Aus den vorstehenden Gründen hatte das Landgericht bei der Entscheidung darüber, ob den Angeklagten eine nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Juni 1884 strafbare Handlung zur Last falle, zu prüfen, ob dieselben die Dynamitpatronen wesentlich zu der angegebenen Zeit im Besitze, d. h. thatsächlich innegehabt haben und, wenn es zur Bejahung dieser Frage gelangt, festzustellen, ob auch die fernere Voraussetzung zur Anwendung des § 8 oder nur ein nach § 9 strafbarer Besitz vorliege. Was nun den Ehemann W. betrifft, so geht das Landgericht bei der Entscheidung der Frage, ob jener die Dynamitpatronen im Besitze gehabt, von der oben erörterten, missverständlichen Auffassung des Gesetzes aus, und es würde demnach das Urtheil, falls es nur deshalb den Angeklagten freispräche, weil er die Patronen nicht im Besitze gehabt, der Aufhebung unterliegen. Allein die Freisprechung des mitangeklagten Ehemannes wird schon dadurch getragen, dass wie das Landgericht feststellt, der Angeklagte keine Kenntniss davon gehabt, dass die Dynamitpatronen sich noch in seiner Wohnung befanden, sondern angenommen hat, seine Ehefrau habe dem ihr ertheilten Auftrage gemäss die Patronen fortgeschafft. Denn hiernach fehlte es auf Seiten des Ehemannes an dem vom Gesetze vorausgesetzten «wissentlichen» Innehaben des Sprengstoffes. Dagegen beruht die Freisprechung der mitangeklagten Ehefrau W. ausweislich der Urtheilsgründe lediglich darauf, dass sie den Willen, zu besitzen, d. h. die Absicht, über die Patronen für sich selbst zu verfügen, nicht gehabt, und mithin nicht die Rede davon sein könne, dass sie den Besitz der Patronen erworben. Diese Begründung ist dem Obigen nach eine rechtsirrthümliche, und es war daher bezüglich der Angeklagten Ehefrau W. die Aufhebung des angefochtenen Urtheils geboten.

Anlage II.

Art. 45 der Explosives Act 14. Juni 1875 lautet: The occupier of a factory for any explosive who manufactures a new explosive or a new form of explosive similar to the one specified in his license, shall not be deemed to leave manufactured the same in an unauthorised place if he manufactures the same on a small scale, and exclusively for the purpose of trial and not for sale, and if he sends notice of the same, as soon he has manufactured it, to the Secretary of State, and if he observes the provisions of this Act, as far as they are applicable.

Anlage III.

Dem Herrn Director der Dynamitfabrik zu als persönlich haftbarem Vertreter der Fabrik wird in Gemässheit des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884, der Ministerialverordnung vom 11. September a. c. und der Regierungs-Verordnung vom 14. October cr. (Düsseldorfer Amtsblatt S. 337) hierdurch vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs, die polizeiliche Genehmigung zur Herstellung, zum Vertrieb und Besitz von Sprengstoffen, sowie zur Einführung derselben aus dem Auslande ertheilt.

Diese Genehmigung erfolgt insbesondere unter der Bedingung, dass die Vorschriften, welche bei der nach § 16 der Gewerbeordnung stattgefundenen Conzessionirung der Anlage bezüglich der Einrichtung der Niederlagen und Magazine ertheilt worden sind, resp. noch ertheilt werden, ferner die Vorschrift, nach welcher der Vertrieb von Sprengstoffen nur an solche Personen erfolgen darf, welche im Besitze einer der im § 1. Abs. 1. des Gesetzes vom 9. Juni cr. gedachte Genehmigung sind, strenge beobachtet werden.

(Folgt Datum und Unterschrift.)

Anlage IV.

Königliche Regierung,
Abtheilung des Innern,
zu Arn s b e r g.

Ar n s b e r g, den 21. Januar 1885.

J. No. A. I^b 279.

Wenn es sich bei den in dem Berichte vom 13. v. Mts. erwähnten Transporten lediglich um Pulver, also Schiess- und Sprengpulver handelt, so würden wir es mit Rücksicht auf den Vorbehalt im § 1 Absatz 3 des citirten Gesetzes nicht für angezeigt erachten, dass von den den Transport besorgenden Fuhrleuten der Nachweis über die Erlaubniss zum Besitze von Sprengstoffen erfordert wird. Begreift der Transport dagegen auch solche Sprengstoffe, welche den polizeilichen Controllvorschriften des erwähnten Gesetzes zweifellos unterliegen, so werden die betreffenden Fuhrleute des Besitz-Erlaubnisscheines benöthigt sein, da nach den Motiven zu dem Gesetze vom 9. Juni v. Js. auch derjenige unter die Bestimmungen desselben fallen soll, welcher den Erwerb von Sprengstoffen zwischen anderen Personen nur vermittelt.

Bo c h u m, den 12. April 1885.

No. 90.

Gegen einen Fuhrmann, der Dynamit von der Fabrik zur Verbrauchsstätte vermittelt, sich aber nicht im Besitze eines durch das Landrathsamt auszustellenden Erlaubnisscheines befand, ist seitens der Staatsanwaltschaft Hagen Strafantrag gestellt. Die Frage, ob diese Fuhrleute den Besitz-Erlaubnisschein bedürfen, ist in Folge einer Beschwerde der Nieder-Rheinischen Pulverfabrik neuerdings wieder Gegenstand der Erörterung bei Königlicher Regierung. Bevor jedoch weitere Entscheidung ergeht, ersuche ich folgendes zu beachten: Der Fuhrmann (Leiter des Transports einer oder mehrerer Fuhrwerke, mittelst welcher Dynamit auf den Landstrassen transportirt ist) befindet sich im Besitze von Sprengstoffen im Sinne des § 1, Gesetz vom 9. Juni 1884 und bedarf der Erlaubniss seitens derjenigen Behörde, in deren Bezirk der Nachsuchende (Fuhrmann) wohnt und

zwar in Städten von mehr als 10000 Einwohner der Ortspolizeibehörde, in allen anderen Fällen des Landrathes. Es empfiehlt sich für die städtischen Ortspolizeibehörden, die Erlaubnisscheine in möglichst specieller, beschränkender Form unter Angabe der Fabrik, aus welcher, und der Betriebs- oder Verkaufsstelle, an welche der Transport geschehen soll, auszustellen und sind auch die hierher von den Ortsbehörden vermittelten Anträge demgemäss zu fassen.

Nach Inhalt der in den Zeitungen publicirten Bekanntmachung des Bundesraths vom 13. März d. Js. ist in Ausführung des § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 bestimmt, dass alle zum Schiessen aus Jagd- oder Scheibengewehren oder zu Sprengungen in Bergwerken, Steinbrüchen u. s. w. dienenden, aus Salpeter, Schwefel und Kohle hergestellten Pulversorten zu denjenigen Sprengstoffen zu rechnen sind, welche vorzugsweise als Schiessartikel dienen und nicht als concessionspflichtig anzusehen sind. Vorstehendes ist zu beachten und sind hiernach die passirenden Fuhrleute zu controliren. Etwaige Contraventionsfälle sind vor Abgabe an die Staats- oder Amtsanwaltschaft hierher zur Kenntniss zu bringen.

Der Königliche Landrath:
gez. Schmieding.

Anlage V.

An die
Königliche Regierung
Abtheilung des Innern
zu Düsseldorf.

Bürrig bei Küppersteg,
den 14. September 1885

Der ergebenst unterzeichnete Fuhrunternehmer Franz Steinacker richtete am 21. Juli a. c. im Verein mit seinem Bruder dem Fuhrunternehmer Theodor Steinacker dahier, an das Königliche Landrathsamt zu Solingen, als der zuständigen Behörde ein Gesuch um Ertheilung eines auch die Fuhrknechte schützenden Erlaubnisscheines zum Transporte von Sprengstoffen auf Grund des Gesetzes vom 9. Juni a. p.

Dieses Gesuch wurde veranlasst, durch einen Strafantrag, welchen die Staatsanwaltschaft zn Bochum, gegen den in Diensten des Fuhrunternehmers H. Kürten zu Opladen stehenden Fuhrknecht Joh. Breidenbach lediglich desshalb gestellt hatte, weil sie auch von den Fuhrleuten ausser den polizeilich visirten Frachtbriefen ihrer Auftraggeber einen in Gemässheit des angezogenen Gesetzes ausgestellten Er'aubnisschein zum Besitz von Sprengstoffen verlangt. Dieses Gesuch an das Königliche Landrathsamt zu Solingen ist nun laut dem in der Einlage abschriftlich wiedergegebenen Bescheid des hiesigen Bürgermeisteramtes abschlägig beschieden worden, und habe ich diesen Bescheid dem Fuhrknechte Breidenbach für die gerichtliche Verhandlung überlassen.

Genannter ist denn auch seitens der Strafkammer zn Bochum am 26. August a. c. von der Beschuldigung einer Zuwiderhandlung gegen den § 9 des angezogenen Gesetzes freigesprochen worden.

Trotz dieses freisprechenden Erkenntnisses, dessen Wortlaut leider noch nicht vorliegt, hat die Staatsanwaltschaft zu Bochum Veranlassung genommen, am darauf folgenden Tage gegen meinen Fuhrknecht Franz von den Driesch in ganz gleicher Angelegenheit Strafantrag zu stellen, und erlaube ich mir, Abschrift des Letzteren dem Gegenwärtigen beizufügen.

Ich kann nur annehmen, dass der Herr Landrath zu Solingen sich in vollem Einklang mit der Königlichen Regierung zu Düsseldorf wusste, als er die Ausstellung von Erlaubnisscheinen an Fuhrleute als nicht statthaft, also implicite als nicht erforderlich bezeichnen liess, und steht somit die Auffassung der Königlichen Regierung zu Arnsberg und ihre in dem Strafantrage angezogene diesbezügliche Verordnung vom 21. Januar a. c. in direktem Gegensatze zur Auffassung der diesseitigen Behörden. Ich bitte daher ergebenst und dringend:

«Eine Königliche Regierung möge hochgeneigtest eine der Wichtigkeit des Gegenstandes angemessene schleunige höchstinstanzliche Deklaration des Paragraphen 9 des Gesetzes vom 9. Juni a. p. unter besonderer Berücksichtigung der Transportführer erwirken, damit diese schädigende Rechtsunsicherheit ein baldiges Ende findet!»

Hochgeneigtem Bescheid entgegensehend verharre
hochachtungsvoll

(gez.) Franz Steinacker.

Anlage VI.

Im Namen des Reichs.

In der Strafsache wider den Knecht Johann Breidenbach zu Opladen, wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz, hat das Reichsgericht, Vierter Straf-Senat, in der öffentlichen Sitzung am 21. November 1885, an welcher Theil genommen haben: als Richter:

der Präsident Friedrich

und die Reichsgerichtsräthe Wittmaack, Meves, Voetel, Loewenstein, Freiherr von Bülow, Rehbein,

als Beamter der Staatsanwaltschaft:

der Reichsanwalt Treplin,

als Gerichtsschreiber:

der Sekretariats-Assistent Schubotz,

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

dass auf die Revision der Staatsanwaltschaft das Urtheil der Strafkammer bei dem Königlich Preussischen Amtsgerichte zu Bochum vom 26. August 1885 nebst den demselben zu Grunde liegenden thatsächlichen Feststellungen aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Gericht erster Instanz zurückzuverweisen.

Von Rechts Wegen:

Gründe.

Mit Recht wird von der Revision Beschwerde über Verletzung des § 9 des Sprengstoffgesetzes vom 9. Juni 1884 geführt. Nach den Feststellungen der Vorinstanz hat der Angeklagte, als Knecht des Fuhrmanns Kürten, welchem von der Rheinischen Dynamitfabrik zu Opladen, die Ausführung eines Transports von Dynamit übertragen war, 30 Centner Dynamit auf einem Fuhrwerke seines Dienstherrn nach den Kohlenzechen General, Engelsburg, Victor und Barillon gebracht. Obgleich auf Grund dessen die Vorinstanz für bewiesen erachtet, dass der Angeklagte den Gewahrsam des Dynamits gehabt, verneint sie dennoch das Vorhandensein der Voraussetzung des § 9 a. a. O., dass nämlich der Angeklagte im Besitze des Dynamits betroffen worden, indem sie ausgeführt, dass das Gesetz nur den juristischen Besitz, nicht

aber den blossen Gewahrsam von Sprengstoffen für strafbar erklärt habe. Diese Auslegung ist jedoch eine rechtsirrthümliche. Wie das Reichsgericht bereits wiederholt dargelegt hat (vergl. Entscheidungen Band 12, Seiten 73 und 256), muss nach dem Sinne und Zusammenhange der einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Strafgesetzes, sowie nach dem Zwecke und der Entstehungsgeschichte desselben angenommen werden, dass der Ausdruck »Besitz« im § 9 nicht mehr besagen soll, als bewusstes thatsächliches Innehaben. Ein Grund, von dieser bisherigen Auffassung abzuweichen, liegt nicht vor.

Der erste Richter verneint aber sodann die Anwendbarkeit des § 9 des Gesetzes auf die Handlung des Angeklagten auch um deswillen, weil es an dem Thatbestandsmomente fehle, dass der Angeklagte den Sprengstoff ohne polizeiliche Genehmigung im Besitze gehabt. Auch dieser Annahme liegt eine Verkennung des Gesetzes zu Grunde. Wie nämlich die Urtheilsgründe ergeben, ist weder dem Angeklagten, noch dessen Dienstherrn eine polizeiliche Erlaubniss zum Besitz von Dynamit ertheilt worden, sondern es hat nur die Rheinische Dynamitfabrik die polizeiliche Erlaubniss zur Herstellung, zum Vertriebe und somit auch zum Besitze von Dynamit gehabt.

Ohne nun den konkreten Inhalt und Umfang der ertheilten polizeilichen Genehmigung zu prüfen, geht die Vorinstanz davon aus, dass überhaupt in jeder polizeilichen Genehmigung, welche einer bestimmten Person zur Herstellung und zum Vertriebe oder zum Besitze von Sprengstoffen ertheilt worden, die Erlaubniss zur Heranziehung von »Hülfskräften« liege, damit aber zugleich auch den »Hülfskräften« Erlaubniss zu dem behufs Ermöglichung ihrer Dienste erforderlichen Gewahrsam der Sprengstoffe ertheilt sei. Unter den »Hülfskräften« scheint die Vorinstanz nach ihrer späteren Ausführung über den Zweck des Gesetzes die unmittelbaren Bediensteten des Herstellers zu verstehen.

Damit würde es freilich nicht in Einklang stehen, wenn die Vorinstanz ihren bezüglich der »Hülfskräfte« aufgestellten Grundsatz auf den Angeklagten anwendet; denn Letzterer war nicht im Dienste der Fabrik, sondern Knecht des Fuhrmanns Kürten und selbst Letzterer war nach den Feststellungen des ersten Urtheils nicht Bediensteter der Fabrik, sondern selbständiger Fuhrunternehmer. Aber abgesehen hiervon kann auch die Aus-

legung, welche der erste Richter dem Gesetze giebt, nicht für zutreffend erachtet werden.

Der Wortfassung nach erklärt das Gesetz Jeden, der im Besitze von Dynamit betroffen wird, d. h. bewusster Inhaber ist, ohne die polizeiliche Gestattung seines Besitzes nachweisen zu können, für strafbar. Darin liegt, dass die polizeiliche Erlaubniss der Person des thatsächlichen Inhabers ertheilt sein oder sich auf sie miterstrecken muss, und dass der Inhaber, welcher keine Erlaubniss hat, sich nicht dem Strafgesetze dadurch entziehen kann, dass er nachweist, er habe civilrechtlich den Besitz nur Namens und in Vertretung eines Andern ausgeübt.

Es kann aber auch nicht zugegeben werden, dass es — wie die Vorinstanz meint — über den Zweck des Gesetzes hinausgehe, wenn man auch für den Besitz der Hülfskräfte des Herstellers oder Vertreibers und namentlich, also für Fuhrleute, denen der selbständige Transport und der Gewahrsam der Sprengstoffe übertragen wird, eine polizeiliche Genehmigung für erforderlich halten wollte.

Wie das angefochtene Urtheil mit Recht hervorhebt, verfolgt das Gesetz vom 9. Juni 1884 den Zweck, den Missbrauch von Sprengstoffen zu verhüten und die Gefahren, welche dieselben für das Gemeinwohl mit sich führen, abzuwenden. Offenbar beruht sonach das Gesetz, indem es im § 1 das Erforderniss der polizeilichen Erlaubniss aufstellt und im § 9 den polizeilich nicht genehmigten Besitz mit Strafe bedroht, auf dem Gedanken, dass die Polizeibehörde die vorliegenden konkreten Verhältnisse und insbesondere die Persönlichkeit dessen, der die Erlaubniss nachsucht, berücksichtigen und durch diese behördliche Prüfung eine Bürgschaft dafür geboten werden soll, dass die Sprengstoffe nicht in Hände gelangen, von denen Missbräuche zu befürchten sind.

Dieser Zweck des Gesetzes würde aber vereitelt werden, wenn man der Auslegung der Vorinstanz folgen wollte. Denn, wenn in jedem Falle die einer Person ertheilte polizeiliche Erlaubniss zur Fabrikation und zum Vertriebe von Sprengstoffen dieselbe zugleich ermächtigte, den Transport der Sprengstoffe nach anderen Orten und somit den Gewahrsam solcher Stoffe nach ihrem Belieben dritten zu übertragen, sofern diese »Hülfskräfte« nur in Vertretung und im Namen des Inhabers der Erlaubniss den Besitz ausüben, so würde offenbar der Polizeibehörde die

Möglichkeit entzogen sein, durch sorgfältige Handhabung ihrer Befugniß mit Erfolg darauf hinzuwirken, dass nur zuverlässige und ordentliche Personen sich im Besitze von Sprengstoffen befinden. Ist demnach für den Fabrikanten von Sprengstoffen die Verwendung von Transporteuren und Fuhrunternehmern nothwendig, so folgt daraus nicht, — wie die Gegenerklärung des Angeklagten auf die Revision unter Berufung auf die angeblich übereinstimmende Auffassung der Königlich Preussischen Regierung zu Düsseldorf annimmt, — dass derselbe die Auswahl des erforderlichen Personals nach seinem Belieben vornehmen darf.

Er ist vielmehr in der freien Auswahl durch die Rücksicht auf das Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschränkt, und die Wahrnehmung des letzteren ist durch das vorliegende Gesetz der Polizeibehörde übertragen, welche mit Rücksicht auf die konkreten Verhältnisse und die einzelnen in Betracht kommenden Persönlichkeiten ihre Erlaubniß zu ertheilen oder zu versagen hat.

Wenn demgegenüber die Vorinstanz der Ansicht ist, der Zweck des Gesetzes sei dadurch sichergestellt, dass der Hersteller, Vertreiber oder Besitzer für seine unmittelbaren Bediensteten in jeder Beziehung verantwortlich sei, so ist auch dies rechtsirrhümlich; denn die strafrechtliche Verantwortlichkeit trägt der Geschäftsherr als solcher nicht für sein Hülfspersonal und insbesondere nicht für Fuhrleute, die den Transport der Sprengstoffe nach anderen Orten übernommen.

Endlich ist auch die Erwägung der Strafkammer, dass bei der ihrer Auffassung entgegengesetzten Auslegung das Gesetz hemmend und störend auf verschiedene Zweige der Industrie einwirken würde, nicht durchschlagend. Es kann dahingestellt bleiben, ob selbst dann, wenn die Annahme der Vorinstanz zutreffend wäre, die zu besorgende Hemmung und Störung einzelner Industriezweige für die Auslegung des vorliegenden Gesetzes, welches der Ueberhandnahme einer dringenden Gefahr für die allgemeine öffentliche Sicherheit entgegenzutreten will, entscheidend sein könnte.

Denn in Wirklichkeit kann jede Störung der Industrie, welche sich nicht als eine unvermeidliche Folge der im Interesse der öffentlichen Ordnung für nothwendig erachteten Gesetzesbestimmungen darstellt durch eine zweckentsprechende

Handhabung des Gesetzes vermieden werden. Es steht nämlich, wie das Reichsgericht bereits in dem Urtheile vom 13. Oktober 1885 ausgesprochen, Nichts entgegen, dass die zuständige Polizeibehörde die Erlaubniss zum Besitze von Sprengstoffen dem die Genehmigung Nachsuchenden nicht nur für seine Person, sondern auch für seine Vertreter oder Gehülfen, Arbeiter, Dientboten, Fuhrleute, Transporteure ausstellt. Ob und in welchem Maasse dies mit der Rücksicht auf die Wahrung der öffentlichen Interessen vereinbar, muss dem pflichtmässigen, die konkreten Verhältnisse des vorliegenden Falles in Betracht ziehenden Ermessen der Polizeibehörde überlassen bleiben.

Dagegen wird es Aufgabe des mit der thatsächlichen Beurtheilung der zu entscheidenden einzelnen Strafsache befassten Gerichts sein, zu ermitteln und festzustellen, in welchem Sinne der Erlaubnisschein ertheilt worden und auf welche Personen sich die ertheilte Erlaubniss nach der ausdrücklichen oder aus den konkreten Umständen zu entnehmenden Willensmeinung der Polizeibehörde erstreckt.

Da aus den vorstehend dargelegten Gründen das angefochtene freisprechende Urtheil auf einer nicht zutreffenden Auslegung des Gesetzes vom 9. Juni 1884 beruht, war dasselbe, wie geschehen, aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die erste Instanz zurückzuverweisen, gez. Friedrich, Wittmaack, Meves, Voetel, Loewenstein, von Bülow, Rehbein.

Vorstehendes Urtheil wird hierdurch ausgefertigt.

Leipzig, den 21. November 1885.

Der Gerichtsschreiber des Vierten Strafsenats des Reichsgerichts.

(gez.) Wendel,
Ober-Sekretär.

Urtheils-Ausfertigung.

D. 2635 85.

IX. 2087.

Anlage VII.

Opladen, den 7. August 1885.

An die
Herren Franz & Theodor Steinacker,
Bürrig.

In Folge Ihrer Eingabe an den Herrn Landrath in Solingen vom 21. Juli cr. betr. Ausstellung eines Erlaubnisscheines zum Besitz von Dynamit werden Sie hiermit beschieden, dass die Ausstellung solcher Erlaubnisscheine für Dynamit-Fuhrleute nicht statthaft ist. Nach § 10 der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 29. November 1879 hat Derjenige, welcher explosive Stoffe in Mengen von mehr als 35 Kilogramm versendet, der Ortspolizeibehörde des Absendeortes davon unter Angabe des Transportweges Anzeige zu machen und den Frachtschein zur Visirung vorzulegen.

Der Bürgermeister.
(gez.) Vetter.

Anlage VIII.

Bekanntmachung,
betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen.

Auf Grund des § 1, Absatz 3 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (Reichs-Gesetzblatt Seite 61) hat der Bundesrath beschlossen, die nachfolgenden Sprengstoffe als solche, welche vorzugsweise als Schiessmittel gebraucht werden, zu bezeichnen:

- 1) alle zum Schiessen aus Jagd- oder Scheibengewehren oder zu Sprengungen in Bergwerken, Steinbrüchen u. s. w. dienenden, aus Salpeter, Schwefel und Kohle hergestellten Pulversorten;
- 2) die zur Entzündung von Gewehrladungen dienenden Sprengstoffe, soweit sie in Zündhütchen für Gewehre oder Zündspiegeln für dergleichen verarbeitet sind;

- 3) die Vereinigung der unter 1. und 2. genannten Stoffe in fertige Gewehr-, Pistolen- oder Revolverpatronen, einschliesslich der unter Verwendung von Knallquecksilber ohne Pulver hergestellten Patronen für Teschingewehre, Pistolen oder Revolver.

Berlin, den 13. März 1885.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

(gez.) v. Boetticher.

Anlage IX.

Dem Brunnenmacher aus Bürgermeisterei Kreis Solingen, Regierungsbezirk Düsseldorf, wird in Gemässheit des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Verbrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 der Ministerial-Verordnung vom 11. September 1884 und der Regierungs-Verordnung vom 14. Oktober 1884 (Düsseldorfer Amtsblatt, Seite 337) hierdurch zum Zwecke seines Gewerbebetriebes als zur Anschaffung von Kg. Dynamit und zwar von der die Genehmigung ertheilt.

Gegenwärtige Genehmigungs-Urkunde ist nach Empfang des qu. Quantums Dynamit von der vorstehend genannten Firma als Beleg zu deren Abgangs-Register zu nehmen.

Solingen, den 188

Der Königl. Landrath.

Geheime Regierungsrath.

Anlage X.

Aus dem Bernburger Wochenblatt vom 17. Sept. 1885: Die Anhaltische Verordnung vom 28. Septbr. v. J. No. 681 der Ges. S. bezeichnet im § 1 in Ausführung des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 speciell diejenigen Behörden, welche die gedachte polizeiliche Erlaubniss in unserm Herzogthume zu ertheilen befugt sind und zwar ist dieselbe in den Städten bei den Polizeiverwaltungen, auf dem Lande bei den Herzogl. Kreisdirectionen nachzusuchen. Dabei enthält bereits das Anhaltische Gesetz

No. 563 vom 17. März 1880 im § 25 die ausdrückliche Bestimmung, dass ein Zeugniß der Polizeibehörde bei der Abgabe von Dynamit in jedem Falle erforderlich ist. Gegen diese Vorschriften gefehlt zu haben, sind der Sandgrubenbesitzer G. Höltzcke und der Gastwirth F. Becker aus Latdorf, der Arbeiter F. Brümmer aus Crüchern und der Kaufmann P. Winckler von hier verklagt.

Letzterer hat die polizeiliche Berechtigung zum Handel mit Dynamit unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen; der Gastwirth F. B. hat für seinen Onkel G. H. welcher für Sprengarbeiten in seiner Grube Dynamit nöthig hatte und der bei einer Nachsuchung noch im Besitz einer nicht erheblichen, übrigens verwahrten Quantität betroffen worden ist, dergleichen von P. W. zu zwei verschiedenen Malen in unbeträchtlicher Menge gekauft, desgleichen hat der Arbeiter F. B. einmal zur Sprengung eines grossen Steines im Felde, die ihm vom Ober-Amtmann B. in B. aufgetragen war, Dynamit vom Angeklagten P. W. dazu verkauft und verbraucht; in allen Fällen hat es an der erforderlichen polizeilichen Erlaubniß der bezeichneten Behörden gefehlt. Zwar haben die Betheiligten dem Verkäufer, der sich geweigert hatte, ohne Bescheinigung Dynamit zu verabfolgen, bei ihrer Wiederkehr Atteste der betreffenden Ortsvorsteher übergeben, welche dann derselbe als genügend befand und in dem vorgeschriebenen Register rubricirte und auf Grund deren er dann die gewünschten Quantitäten Dynamit verkauft hat, allein diese Atteste entsprachen eben nicht den Gesetzen.

Wenn nun zwar anzunehmen war, dass die drei erstgenannten Angeklagten in entschuldbarer Weise Unkenntniß der speciellen Vorschriften sich in gutem Glauben befunden haben und dass ihnen offenbar jeder Dolus fernegelegen hat, wie allerdings auch dem vierten Angeklagten, so dass ihnen die Wohlthat des § 59 des Str.-G.-B. zu Gute kam und ihre Freisprechung erfolgen konnte, so wurde doch bei dem Letzteren, dessen Pflicht als Händler mit der gefährlichen Waare es jedenfalls gewesen wäre, sich mit den einschlägigen Gesetzesvorschriften genau bekannt zu machen, das Unterlassen dieser Information als eine Fahrlässigkeit erachtet, die ihn schuldig befinden liess, so dass seine Verurtheilung zur niedrigsten gesetzlichen Strafe: 3 Monat Gefängniß und Kosten erfolgte.

Anlage XI.

In der Strafsache wider

- | | |
|--|------------|
| 1. den Sandgrubenbesitzer Gottlieb Hölzke | } Latdorf. |
| 2. den Gastwirth Friedrich Becker | |
| 3. den Arbeiter Friedrich Brümmer in Crüchem | |

wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 9. Juni 1884 hat das Reichsgericht, dritter Strafsenat, in der öffentlichen Sitzung vom 9. November 1885, im welcher Theil genommen haben:

als Richter:

der Präsident Dr. von Beyerle

und die Reichsgerichtsräthe Schwarz, Petsch, Dr. Spies,
Dr. Friesleben, Dr. Mittelstaedt, v. Petzold.

als Beamter der Staatsanwaltschaft:

der Reichsanwalt Stenglein;

als Gerichtsschreiber:

der Sekretariats-Assistent Schubotz;

nach mündlicher Verhandlung für Recht erkennt: dass die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der Strafkammer bei dem Herzoglichen Amtsgericht zu Bernburg, vom 10. September 1885 zu verwerfen und der Herzogl. Anhaltischen Staatskasse die Kosten des Rechtsmittels aufzuerlegen.

Von Rechts Wegen.

Gründe:

Die Revision der Staatsanwaltschaft erscheint nicht begründet:

1. Was zunächst das Verhältniss des § 9 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 (Reichsgesetzblatt Seite 61) zum § 59 des Strafgesetzbuchs und die Frage der Anwendbarkeit des letztbezeichneten Strafausschliessungsgrundes auf den Thatbestand der erst erwähnten Strafnorm anlangt, so wird von folgenden Gesichtspunkten auszugehen sein. Dass § 9 a. a. O. indem hier der unerlaubte »Besitz« von Sprengstoffen unter Strafe gestellt wird, bewusste Innehabung und nicht lediglich die objective That-
sache des vorhandenen Gewahrsams im Auge hat, erscheint zweifellos und ist vom Reichsgericht wiederholt anerkannt.

Entscheidungen in Strafsachen Band 12. Seite 244, 256.
Wenn nun das von der Strafnorm betroffene bewusste strafbare

Verhalten nicht allein in dem Innehaben an sich, sondern zugleich und wesentlich in der Abwesenheit polizeilicher Erlaubniss bestehen soll, so folgt schon hieraus, dass das Bewusstsein des Thäters, sich ebenso mit diesem negativen, wie mit jenem positiven Requisit decken muss. Gleichzeitig und bedeutungslos ist der subjective Umstand, ob der Thäter das gesetzliche Gebot, eine polizeiliche Genehmigung zu erwirken, kennt oder nicht kennt. Das Erforderniss der Genehmigung ist kein Thatumstand, sondern ein Bestandtheil der durch die §§ 1 Absatz 1 und 9 a. a. O. bestimmten Strafnorm selbst. Wer sich einbildet, er könne Sprengstoffe auch ohne alle polizeiliche Genehmigung in Besitz nehmen, der irrt sich ausschliesslich über Dasein und Inhalt des Strafgesetzes, und solcher Irrthum schützt nicht. Wohl aber gehört zum subjectiven Thatbestande des § 9 a. a. O. das Bewusstsein der concreten Thatsache, keine polizeiliche Genehmigung zu besitzen, und der Irrthum hierüber bildet allerdings einen Strafausschliessungsgrund. Ganz unhaltbar ist dem gegenüber die Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft, welche den Worten in § 9 a. a. O. ohne polizeiliche Erlaubniss hierzu nachweisen zu können, die Bedeutung nicht eines negativen Thatbestandsmerkmals, sondern lediglich eines dem angeschuldigten nachgelassenen, von ihm zu erbringenden Exkulpationsbeweises belassen will. Die objective Nichtexistenz polizeilicher Genehmigung ist ein wesentlicher Theil der Anschuldigung, und der Instanzrichter wird das Dasein oder Nichtdasein derselben beziehungsweise die Kenntniss oder Nichtkenntniss des Angeeschuldigten hiervon stets von Amtswegen zu prüfen haben.

Gelangt er aber hierbei zu der Ueberzeugung von dem Vorhandensein derselben oder doch von der Nichtkenntniss des Angeschuldigten, so wird er freizusprechen haben, gleichviel, ob der Nachweis von Angeschuldigten oder wie sonst erbracht wird. Dass der Regel nach der unterbliebene Nachweis der Genehmigung abseiten des Angeschuldigten den Strafrichter dahin führen wird, aus der nicht dargethanen Existenz die dargethane Nichtexistenz derselben zu folgern, hängt mit der Beweiswürdigung nicht mit dem materiellen Thatbestande zusammen. Erwägt man, dass der wesentliche Inhalt und praktische Zweck der fraglichen Controlvorschrift, grade in dem Gebot der Anzeige, beziehungsweise der Einholung und Erwirkung der behördlichen Erlaubniss

des Besitzes besteht, so widerstreitet es offenbar der Absicht des Gesetzes auch denjenigen mit der hochbemessenen Strafe des § 9 a. a. O. zu treffen, welcher seinerseits dem Gebot nachgekommen ist und ohne jede eigne Verschuldung, vielleicht durch eine gefälschte öffentliche Urkunde oder Amtsanmassung eines Dritten getäuscht, eine sich nachträglich als materiell rechtsunwirksam erweisende polizeiliche Autorisation erlangt hat. Zweifelhafter liegt allerdings die Frage, ob, wenn der Besitzer an unzuständiger Amtsstelle die erforderliche polizeiliche Genehmigung nachgesucht und erlangt hat, der Irrthum hier aber nicht das Strafgesetz selbst zum Gegenstande hat. Für die von der Revision vertretene Auffassung spricht unverkennbar, dass § 2 des Gesetzes die Bestimmung der für die Ertheilung der vorgeschriebenen Autorisation zuständigen Behörden der Anordnung der einzelnen Bundesstaaten ausdrücklich überlassen hat, und daraus gefolgert werden könnte, diese einmal auf Grund des Reichsgesetzes erlassenen partikularrechtlichen Bestimmungen müssten dieselbe strafrechtliche Bedeutung haben, als würde schon das Gesetz vom 9. Juni 1884 unmittelbar die zuständigen Behörden im Einzelnen bestimmt haben.

Wäre das letztere der Fall, so würde Unkenntniss solcher gesetzlicher Zuständigkeitsnormen mit Unkenntniss der strafgesetzlichen Voraussetzungen des Thatbestandes zusammenfallen. Auf der anderen Seite kommt jedoch in Betracht, dass § 9 a. a. O. nur von »polizeilicher Erlaubniss« schlechthin spricht, und die verschiedenartigen, partikularrechtlichen Bestimmungen, welche die Kompetenzverhältnisse der einzelnen Landespolizeibehörden unter einander regeln, an sich nicht dem Strafrecht angehören. Wer daher aus Unkenntniss dieser Zuständigkeitsnormen im Besitz der hiernach erforderlichen polizeilichen Erlaubniss zu sein glaubt, der irrt sich nicht über ausserhalb der letzteren liegende Verhältnisse des öffentlichen Rechts, und ein derartiger Irrthum ist allerdings geeignet den Strafausschliessungsgrund des § 59 des Strafgesetzbuchs zu rechtfertigen. In diesem Sinne ist vom Reichsgericht bereits erkannt.

Entscheidungen in Strafsachen Band 3, Seite 49. Urtheil des Reichsgerichts vom 13. October 1885 gegen D. u. Gen. Rez. 2098, 85.

Aus der Fassung des § 9 Absatz 2 des Gesetzes vom 9. Juni 1884 kann ein Bedenken gegen die hier vertretene

Auffassung nicht wohl hergeleitet werden, weil diejenigen »Anordnungen« und »polizeilichen Bestimmungen«, deren Uebertretung hier mit Strafe bedroht werden, offenbar nur solche sind, welche materiell den Verkehr mit Sprengstoffen durch besondere Gebots- oder Verbotsnormen regeln. Die Nichtbeachtung der behördlichen Kompetenzverhältnisse lässt sich begreiflich nicht als selbstständiger Inhalt einer Uebertretung der vorgedachten Art bezeichnen. Ob aber auf Grund des Inhalts der hier vorliegenden Atteste von Ortsschulzen die Angeklagten Höltzke, Brümmer und Becker sich einbilden konnten, die fraglichen Bescheinigungen enthielten die zuständige polizeiliche Genehmigung zur Anschaffung beziehungsweise Besitzerwerbung von Dynamit nicht nur für einen einzelnen Ankauf, sondern auch für ein wiederholtes und fortgesetztes Anschaffen von Sprengstoffen, ist Thatfrage und als solche dem Revisionsangriff entzogen. Dass nach Annahme der Vorinstanz die fraglichen Angeklagten positiv dieses Glaubens waren, geht aus dem Urtheilsinhalt unzweideutig hervor. Ein Rechtsirrthum in Anwendung des § 59 des Strafgesetzbuchs liegt erkennbar nicht vor.

2. Insoweit das Urtheil des Instanzgerichts die Freisprechung des Angeklagten Becker in erster Reihe auf dessen Stellung als blosser Bote des Mitangeklagten Höltzke gestützt hat, ist dieser Entscheidungsgrund Gegenstand besondern Revisionsangriffs geworden. Es konnte auch diesem Angriff Folge nicht gegeben werden. Dass Becker, wenn er, gleichviel, ob für seine Person oder fremde Rechnung, Dynamit käuflich erwarb und in Besitz nahm, beim Fehlen einer diesen Besitz autorisirenden Genehmigung ohne Weiters der Strafe des § 9 a. a. O. unterlag, und dass der Begriff des »Besitzes« in § 9 a. a. O. lediglich die Thatsache bewussten Gewahrsams, nicht aber, wie das Urtheil rechtsirrthümlich fordert, den Zweck des für sich behaltenes oder »für sich verwendeten« einschliesst, ist mit der Revision anzuerkennen. Indessen zur Entscheidung steht hier nicht diese, sondern die wesentlich andere Frage, ob die dem Höltzke thatsächlich ertheilte Genehmigung objectiv oder wenigstens nach Auffassung des Becker im engsten Sinne auf die Person des Höltzke beschränkt war, oder ausdrücklich oder stillschweigend dessen Stellvertreter im Besitz mitumfasse. Es liegt auf der Hand, dass es sich hierbei wesentlich um die Auslegung konkreter polizeilicher

Verfügungen handelt. Unzweifelhaft kann die Polizeibehörde die Genehmigung zum Besitz von Sprengstoffen an die unmittelbare persönliche Ausübung der Detention durch den Besitzer binden. Ebenso zweifellos ist sie befugt, von derartigen Clauseln der Erlaubniss abzusehen. Wenn ohne derartige Clauseln einen Handels- oder Gewerbetreibenden der Handel oder die gewerbliche Verwendung von Sprengstoffen für eine gewisse Handelsniederlassung oder einen gewissen industriellen Betrieb polizeilich gestattet wird, so spricht mindestens eine gewisse Vermuthung dafür, die Behörde habe damit zugleich die Vertretung des Concessionärs durch seine Handlungs- oder Gewerbs-Gehülfen, Dienstboten oder Arbeiter innerhalb des concreten Handelsgeschäfts oder Betriebs genehmigen wollen.

Vorliegendenfalls handelte es sich ausgesprochenermassen um die Verwendung von Sprengstoffen für die Zwecke gewerblichen Sandgrubenbetriebs und um die hierfür nachgesuchte Genehmigung. Die entgegengesetzte Aufstellung der Revisionschrift, wonach die Ausdehnung der Besitzerlaubniss auf Stellvertreter der bezeichneten Art stets ausdrücklich in die polizeiliche Genehmigung aufzunehmen, andernfalls aber die strikte Beschränkung auf persönliche Detentionsausübung zu vermuthen sei, ist wirklich willkürlich.

Doch erübrigt sich jede weitere Erörterung der hier fraglichen Interpretationsgrundsätze, weil unter allen Umständen die thatsächlichen Missverständnisse unklarer, unbestimmter, vieldeutiger polizeilicher Verfügungen der strafrechtlichen Wirksamkeit derselben insofern präjudizirlich werden, als die darauf ruhenden Irrthümer der für ihre Anwendung Verantwortlichen die letzteren wiederum aus § 59 des Strafgesetzbuchs straffrei machen. Was oben bezüglich der thatsächlichen Natur des Irrthums hinsichtlich der Existenz der polizeilichen Genehmigung bemerkt ist, trifft gleichmässig auf den Irrthum über Inhalt und Sinn der fraglichen Polizeiverfügung zu. Nun ist aber festgestellt, dass Becker des Glaubens gewesen, »ihm« sei die käufliche Besorgung des Dynamits für Hölzke polizeilicherseits gestattet, sein Besitz sei mit genehmigt worden. Wie Becker zu einem derartigen Glauben nach Annahme der Vorinstanz gelangt sein soll, ob auf Grund seiner Auslegung des Schriftstücks Blatt 9 oder auf Grund seiner mündlichen Verhandlungen mit dem Ortsschulzen Frange, kann

in der Revisionsinstanz nicht mehr nachgeprüft werden. Mit Feststellung jenes thatsächlichen Irrthums fällt der subjective Thatbestand des angeschuldigten Vergehens zusammen und die Frage, ob Becker objectiv noch neben Höltzke einer besonderen persönlichen Genehmigung bedurfte, verliert das rechtliche Interesse.

Aus diesen Gründen musste wie geschehen, die Revision verworfen werden.

(gez.) Dr. Beyerle, Schwarz, Petsch, Dr. Spies, Dr. Friesleben,
Dr. Mittelstädt, v. Petzold.

Vorstehendes Urtheil wird hierdurch ausgefertigt.

Leipzig, den 9. November 1885.

Der Gerichtsschreiber des dritten Strafsenats des Reichsgericht.

(gez.) Paulus, Obersekretär.

Anlage XII.

Das in München erscheinende «Deutsche Wochenblatt» Nr. 1 von 1886 meldet aus Elberfeld, 17. Dezember: Von dem neuen Dynamitgesetz in empfindlicher Weise getroffen wurde gestern durch Urtheil der Strafkammer der 40 Jahre alte Fuhrunternehmer und Steindruckereibesitzer Fr. B. zu Gerstau bei Remscheid. In der Sitzung der Strafkammer vom 9. d. M. wurde gegen den Vorerwähnten unter der Anklage verhandelt, in der Bürgermeisterei Kronenberg in der Zeit vom 7. April bis Ende Juni 1885 ohne polizeiliche Genehmigung ein Lager von Dynamit gehabt zu haben. Der Angeklagte wohnt an der Grenze von Remscheid und Kronenberg, eine Brücke bildet gewissermassen die Grenzscheide, und gleich jenseits der Brücke besitzt der Beschuldigte einen Steinbruch, während er auf der andern Brückenseite, also noch auf Remscheider Gebiet seine Wohnung hat. Um nun im verflossenen Sommer Sprengungen vornehmen zu können, erwirkte er an seinem Wohnort einen Erlaubnisschein zum Besitze von 5 Pfund Dynamit und glaubte damit allen gesetzlichen

Vorschriften nachgekommen zu sein. Da erfolgte seitens des damaligen Bürgermeisters von Kronenberg eine Revision, bei welcher in dem angeführten Steinbruch der genannte Sprengstoff aufgefunden wurde und da der Besitzer keinen Erlaubnisschein zum Lagern von Dynamit seitens der Kronenberger Behörde vorlegen konnte, so erfolgte Anzeige und Anklage. Die Staatsanwaltschaft stützte sich auf den Wortlaut des Gesetzes, wonach der Angeklagte die Erlaubniss und Anmeldung zum Lagern von Sprengstoffen innerhalb des für das Lagern allein in Betracht kommenden Bezirks habe nachsuchen, resp. machen müssen und der Gerichtshof verurtheilte den B. zu 3 Monaten Gefängniss. Die ertheilte Erlaubniss habe für das Kronenberger Gebiet keine Geltung und dieser Umstand hätte dem Angeklagten wohl bekannt sein müssen.

Anlage XIII.

Französische Gesetzgebung.

Das Gesetz vom 13. Fructidor des Jahres V führte den Regiebetrieb (Monopol) für Sprengstoffe wie Dynamit, Nitroglycerin etc. ein. Dasselbe blieb in Kraft bis zum 8. März 1875, wo die Regierung des Marschall Mac Mahon den Privatbetrieb wieder freigab.

Art. 3 des Gesetzes verordnet: Staatliche Genehmigung für die Fabriken und Unterwerfung unter die «lois et règlements qui régissent les établissements dangereux et insalubres de première classe.» Ferner Hinterlegung einer Kautions von 50,000 Frs. für jedes einzelne Fabriketablisement; die Kautions wird mit 3 pCt. p. a. verzinst oder ist in Rententiteln zu hinterlegen.

Art. 4 bestimmt, dass die Regierung die zur öffentlichen Sicherheit erforderlichen Bestimmungen über Aufbewahrung, Transport und Verkauf von Dynamit etc. im Verordnungswege jeder Zeit erlassen kann.

Nach Art. 5 ist die Einfuhr von Dynamit ohne staatliche Genehmigung verboten.

Art. 8 bedroht Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz oder die auf Grund desselben erlassenen Règlements mit Gefängniss

von einem Monat bis zu einem Jahr und Geldbussen von 100 bis 10,000 Frcs.

Art. 9 gestattet, im Falle es die öffentliche Sicherheit erheischt, auf ein Gutachten des Staatsraths und nach Anhörung der Parteien, zeitweilig oder definitiv die Dynamitfabrikation ganz oder theilweise zu verbieten, ohne dass die Interessenten Schadloshaltung vom Staate beanspruchen können.

Auf Grund dieses Gesetzes erging das Dekret vom 24. August 1875, das genaue Vorschriften über Konzessions-ertheilung, Einrichtung der Fabriken und Magazine, Registerführung und Besteuerung enthält.

Art. 11 lautet:

La circulation de quantités inférieures à deux kilogrammes, qui sont prises dans les débits par les consommateurs, est regularisée au moyen de simples factures que le débitant délivre lui-même en les détachant d'un registre timbré fourni par la régie.

In allen anderen Fällen ist laut Art. 10 der Transport etc. nur zulässig «en vertu d'acquits-à-caution.»

Nach Art. 12 darf die Regierung nöthigenfalls eine ständige Ueberwachung der Fabriken anordnen und muss der Fabrikant alsdann auf eigene Kosten zu dem Behufe eine passende Wohnung in oder in nächster Nähe der Fabrik zur Aufnahme von mindestens 2 Ueberwachungsbeamten herrichten.

Anlage XIV.

Auszug aus dem Briefe eines Dynamitfabrikanten:
 » . . . Wir sind auch der festen Ueberzeugung, dass das ganze Reichsgesetz aufgehoben werden kann ohne irgend welche Schädigung der öffentlichen Sicherheit und dass eine Verschärfung des Strafgesetzbuches in Bezug auf Dynamitverbrechen vollständig genügt. Bis jetzt sind von dem Gesetze meist nur Menschen getroffen worden, die aus Unwissenheit gehandelt haben oder aber aus Gleichgiltigkeit und solche würde eine Geldstrafe ebenso bekehren. Die Härte des Gesetzes geht auch aus den vielen Be-

gnadigungen hervor. Also erspare man doch den Menschen die Angst und diktire ihm gleich für Vergehen gegen Sicherheitsvorschriften — die überhaupt noch einmal gründlich zu revidiren wären — eine angemessene Geldstrafe.

Ueberhaupt ist die exceptionelle Behandlung des Dynamits ein Unding! Wie wäre ein Gotthard-Tunnel, ein Panama-Kanal möglich gewesen, wenn man den Erfindern und Fabrikanten von Anfang an mit kleinlichen Polizeichikanen die Lust an der Verfolgung ihrer Ideen benommen hätte? Mit gleichem oder viel grösserem Rechte könnte man den Besitz von Schiesswaffen unter dieselben drakonischen Gesetze stellen, denn mit ihnen passiren doch unendlich viel mehr Verbrechen und Unglücksfälle.

Den Attentäter beunruhigt das Gesetz doch nicht, denn er wird sich seinen Sprengstoff oder Gift doch schon zu beschaffen wissen, beziehungsweise nach allgemein bekannten Methoden selbst herstellen! Das Gesetz ist seiner Zeit unter den Attentaten in der Eile zu Stande gekommen, indem Jeder seinen berechtigten Abscheu dokumentiren wollte. Heute wird man doch zweifelsohne objectiver an die Materie herangehen und einsehen, dass der Schrecken vor dem blossen Namen Dynamit doch nur politischen Kindermädchen ansteht!

Noch ist zu bemerken, dass auch die gegenwärtige Art von Erlaubnisscheinen gar wenig Garantie auch gegen Unglücksfälle darbietet. Wie kann z. B. ein einfacher Landbürgermeister prüfen, ob ein unbescholtener Mann, der sich um einen Dynamitschein zu industriellen oder Handelszwecken bewirbt, auch thatsächlich alle Eigenschaften des Dynamits kennt und somit in der Lage ist, alle Vorsicht walten zu lassen? Der Mann bekommt einfach seinen Schein bzw. seine Legitimation für den Erlaubniss gebenden Landrath, der daraufhin ihm solche nicht versagen wird und nun kann er ruhig mit dem Dynamit wirthschaften!

Will der Reichstag sich nicht zur einfachen Aufhebung des Gesetzes entschliessen und das ist zu bezweifeln, so dürfte sich die Wahl einer Kommission empfehlen, die gleichzeitig einheitliche, genau pécisirte Polizeivorschriften für das ganze Reich ausarbeitet, damit man bei der internationalen Bedeutung des Dynamits überall weiss, wie man sich zu verhalten hat. Die Kommission wäre zusammenzusetzen und aus

Verwaltungsbeamten, Juristen und Kaufleuten, damit alle Interessen thunlichste Berücksichtigung und Vertretung finden und endlich einmal etwas Verständliches und Dauerndes zu Stande kommt“

Anlage XV.

Brief eines Bergmanns (bereits abgedruckt in No. 1 des »Deutschen Wochenblatt« von 1886):

»Als Bergmann sehe ich mich veranlasst, Ihnen einige Mittheilungen über Unzuträglichkeiten des famosen Dynamitgesetzes zu machen, die sie vielleicht werden verwenden können.

Wenn die hochlöbliche Polizei hier uns Bergleuten etwas auf die Finger sehen würde, würden wir aus den Dynamitprozessen gar nicht mehr herauskommen, denn die hiesigen Grubenvereine haben gewöhnlich mehrere Zechen (Schächte), es wird aber bloß auf einer Stelle Dynamit verausgabt, und nicht unter $2\frac{1}{2}$ Kilo, was doch ein direkter Verstoss gegen das Gesetz ist und im Falle einer Anzeige schon an und für sich eine Verurtheilung zur Folge haben würde.

Wenn nun der Bergmann Frühschicht hat, entsteht Mittags die Frage: wo soll er sein Dynamit lassen? Wenn er keinen Kameraden hat, der Mittags arbeitet, ist er doch verpflichtet, es mit nach Hause zu nehmen. Dasselbe ist der Fall, wenn der Bergmann Nachtschicht hatte.

Die Vorschrift lautet, der Steiger solle jedem Bergmann nicht mehr Dynamit geben, als er zur Schicht oder vielmehr zu dem Sprengschuss gebraucht. Ein Steiger hat gewöhnlich 100, auch 150, mitunter sogar 200 Mann in seinem Revier, wo er fahren, d. h. jede Schicht besuchen muss. Von diesen durchschnittlich 150 Mann sind circa 20 Mann Steinarbeiter, Bergleute, die je 2 und 2 Mann wohl 5 Minuten weit von einander entfernt arbeiten; da ist es doch unmöglich genaue Kontrolle zu üben. Und arbeitet ein Bergmann zur Nachtschicht, so fehlt der Steiger gänzlich.

Ich arbeitete vor etwa einem Jahr bis vor drei Monaten auf Zeche *** Schacht II für Steinarbeit und musste immer

Nachts gehen und arbeiten. Meinen Sprengstoffbedarf hatte ich mir von Schacht I zu holen. Mittags um 1 Uhr war ich also gezwungen ihn unfreiwillig mit nach Hause zu nehmen, jedesmal 5 Pfund Dynamit und 100 Zündhütchen, die gerade so stark sind, wie ein Pfund Dynamit.

Anfangs ging ich, weil ich mich gegen Denunzianten und Polizeispitzel sichern wollte, nach Schacht II, forderte mein Grubenlicht (Wetterlampe), um das Dynamit in die Grube vor meine Arbeit zu tragen. Da kam ich schön an. Ich wurde abgewiesen mit dem Bemerken, wenn ich nicht arbeiten wolle, dürfe man mir keine Lampe geben. Dagegen beschwerte ich mich beim Steiger, der zuckte die Achseln, indessen da ich mich auf das Dynamitgesetz berief und er gerade zur Schicht anfahren wollte, that er mir den Gefallen und nahm das Dynamit zur Grube mit. Das nächste mal aber traf ich ihn nicht an, war also gezwungen, das Dynamit mit nach Hause zu nehmen, denn hätte ich es weggeworfen und die Polizei hätte dies herausgekriegt, so wäre ich auch straffällig gewesen und hätte dabei noch 6 Mark eingebüsst, denn ich hätte das Dynamit bezahlen müssen.

Angenommen, ich hätte dasselbe weggeworfen und Jemand, der das Gesetz noch nicht kennt, hätte es gefunden, und mit nach Hause genommen, und die Polizei wäre es gewahr geworden, so müsste auch der verurtheilt werden, ob zu Recht oder zu Unrecht kommt nicht in Frage, das Gesetz will es so. Und das genügt.

In den Besitz von Dynamit kann aber bei uns Mancher kommen, er weiss nicht wie. Beispielshalber auf folgende Weise. Auf vielen Gruben werden die Querschläge (Steinarbeit) mit Maschinen getrieben, wo jedesmal etwa 10 bis 12 Schuss auf einmal abgefeuert werden. Da wirft öfters der erste Schuss den andern über den Haufen, dieser explodirt also nicht und liegt zwischen den Steinen; die Steine werden mit den Schaufeln aufgeladen und zu Tage geschickt, dazwischen das Dynamit. Am Tage kommen nun unschuldige Kinder, um aus den Steinen Kohlen herauszusuchen, sie finden das Dynamit, nehmen es mit nach Hause, der Vater denkt sich dabei nichts, kommt die Sache aber heraus, so hat er seine 3 Monate weg. Oder es findet das Dynamit der Ausschütter des Wagens, was hier meistens Fremde (Polen) sind, denn einen hiesigen Bergmann findet man selten darunter. Solch ein Pole also, der nichts vom Dynamit kennt,

unter 1000 Mann sind höchstens 5, die sich darauf verstehen, findet den Sprengstoff, nimmt ihn in seiner Dummheit mit und später wird derselbe gelegentlich einmal entdeckt. Dynamit aber im Besitz eines polnischen Proletariers! Welche Fülle von scharfsinnigen Kombinationen für einen strebsamen Staatsanwalt, für den inquirenden Untersuchungsrichter, welcher Strafschärfungsgrund ob der vermeintlichen Verstocktheit für das erkennende Gericht! Mehr als 3 Monate sind dem Aermsten gewiss!

Solcher Fälle lassen sich mit allerlei Variationen unzählige denken und dass sie vorkommen, beweisen die von allerwärts her gemeldeten Verurtheilungen aus dem Dynamitgesetze, von denen bisher auch nicht eine einzige einen ernsthaften Hintergrund hatte.

Anlage XVI

Die (nationalliberale) «Rheinisch-Westphälische Zeitung» vom 16. Januar 1886 enthält folgenden Artikel: **Dortmund**, 15. Jan. Wir erhalten aus bergbaulichen Kreisen nachstehende Zuschrift, welche wir bei dem grossen Interesse, den der beregte Gegenstand gerade für unsere Provinzen hat, unsern Lesern nicht vorenthalten wollen: Es steht ausser allem Zweifel, dass das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen dem Bergbau einen vom Gesetzgeber keinesfalls beabsichtigten, oder auch nur vorausgesehenen pekuniären Schaden verursacht, der in Rücksicht auf die ohnehin prekäre Lage des genannten Erwerbszweiges ausserordentlich drückend ist. Wunderbarer Weise ist nun diese That- sache in weiteren Kreisen entweder nicht bekannt, oder doch nicht in ihrer ganzen Tragweite zum Bewusstsein des interessirten Publikums gekommen, so dass es nunmehr an der Zeit ist, über diesen Gegenstand einige aufklärende Worte zu sagen, anstatt denselben mit Stillschweigen zu übergehen. Es gibt nämlich heute bereits eine namhafte Zahl von Gruben, welche seit längerer Zeit den Gebrauch von Dynamit bei der Sprengarbeit vermeiden, weil der Betriebsleiter die an sich schon so hohe Verantwortlichkeit seiner Stellung nicht noch dadurch, dass er sich den Folgen des

Dynamitgesetzes aussetzt, vergrössern will. Die nothwendige Konsequenz der Nichtanwendung des Dynamits beim Sprengen fester Gesteinsmassen ist die, dass den Arbeitern das Gedinge bedeutend erhöht werden muss, was naturgemäss eine Vergrösserung der Kosten des Betriebes verursacht. Ein Unternehmer hat, wie jüngst der Märkische Sprecher berichtete, dadurch, dass ihm der Gebrauch von Dynamit seitens der Polizei untersagt wurde, einen Verlust von 12,000 M. erlitten, weil er ohne dieses beste Sprengmittel einen Schacht von 70 m Teufe abteufen lassen musste. Man kann an diesem einen Falle die Höhe des Schadens ermessen, den die einzelnen Gruben durch Nichtanwendung des Dynamits erleiden. Fragt man nach dem Grunde, wesshalb die Betriebsleiter das Dynamitsprengen vermeiden, so lautet die Antwort darauf, dass sie sich nicht versagenden Bescheiden seitens der Polizeibehörden aussetzen wollen, und dann, dass sie nicht unschuldig den strengen Strafen des Gesetzes verfallen wollen. Das Gesetz ist gemacht worden, um der durch den Missbrauch von Sprengstoffen hervorgerufenen gemeinen Gefahr in präventiver und restriktiver Weise entgegenzutreten, nicht aber, um dem Bergbaubetrieb lähmende Fesseln anzulegen, wie das in der Praxis leider geschehen ist. Nach § 1 des genannten Gesetzes ist die Herstellung, der Vertrieb und der Besitz von Sprengstoffen nur mit polizeilicher Genehmigung gestattet. Im Besitz einer solchen muss also jeder Grubenleiter sein, der auf der ihm unterstellten Zeche mit Dynamit sprengen lassen will. Wenn er eine solche Erlaubniss nicht erhält, so ist damit unter Umständen seine ganze Stellung vernichtet. Man sollte es nicht für möglich halten und doch ist es geschehen, dass ein Grubendirektor, welcher seine Stellung wechselte, den beantragten Vertriebschein polizeilicherseits nicht erhielt und nur dadurch, dass die Gewerkschaft ihm gewogen war, seine Stellung nicht verlor und mit seiner Familie brotlos wurde. Im Sinne des genannten Gesetzes mussten bei einer solchen Versagung wesentliche Gründe vorliegen, nicht aber, wie im beregten Falle, solche ganz unerheblicher Art. Der betreffende Beamte war nämlich an seinem früheren Wohnort, weil seine untergebenen Arbeiter beim Bergstürzen Steine auf die Strasse hatten rollen lassen, in Polizeistrafe genommen worden. Jeder unbefangene Mensch wird anerkennen müssen, dass es bei Leitung eines grossen Betriebes fast unmöglich ist, nicht einmal

gegen eine Polizeiverordnung zu verstossen, da der oberste Beamte doch nicht an allen Orten zugleich sein und nach dem Rechten sehen kann. Sonstige Versagungsgründe lagen, soviel dem betreffenden Beamten bekannt ist, nicht vor. Die diskretionäre Befugnis, welche das genannte Gesetz den Polizeiorganen verleiht, legt denselben aber auch die ernsteste Pflicht auf, die einzelnen Fälle auf das gewissenhafteste zu prüfen, nicht aber in schablonenhafter Weise jede unbedeutende Polizeistrafe für einen genügenden Versagungsgrund zu erachten. Die Pflicht der genauesten Prüfung liegt umsomehr vor, als die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde, welche binnen einer Notfrist von 14 Tagen anzubringen ist, die versagende Verfügung erster Instanz nicht aufhebt. Es vergeht somit immerhin eine längere Zeit, in welcher das Sprengen mit Dynamit mangels des Betriebscheines unmöglich ist und in welcher dadurch den Bergwerken ein erheblicher Schaden verursacht wird. Jedenfalls bietet ein Grubenleiter schon durch seine Stellung Garantie genug, dass er nicht einen verbrecherischen oder gemeingefährlichen Gebrauch von der ihm ertheilten Befugnis machen wird. Hoffentlich dienen diese Zeilen dazu, auf dem genannten Gebiete eine einheitliche, humane Praxis zu erzielen. Es sei nun noch gestattet, mit einigen Worten darauf hinzuweisen, dass das sogenannte Dynamitgesetz selbst ein übereiltes ist und durchaus keine Gewähr für die Erreichung der von ihm angestrebten Zwecke bietet. Es vermag nicht den Besitz von Dynamit genau zu kontrollieren, denn jeder einigermaßen geschickte Chemiker kann diesen Sprengstoff selber herstellen, zumal da der Besitz der Grundstoffe nicht verboten ist; ferner kann jeder Bergarbeiter, der Dynamit zum Sprengen erhält, denselben in genügenden Quantitäten unbemerkt bei Seite bringen und etwaigen Verbrechen übermitteln. Wenn man thatsächlich verhindern wollte, dass Bergleute Dynamit von der Grube weg-schleppen können, so müsste eine Visitation in unbekleidetem Zustande und ein Wechseln der Kleidung nach Verlassen der Zeche erfolgen, eine Prozedur, die unberechenbare Kosten und Schwierigkeiten verursachen würde. Unter diesen Umständen ist nicht zu verkennen, dass das ganze Gesetz ein verhasstes ist, weil es seinem Zwecke nicht entspricht und der Polizei eine ungebührliche Machtbefugnis verleiht.

Anlage XVII.

Der «Voss. Ztg.» wird aus Schlesien, 5. März geschrieben: Der Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 giebt dem gouvernementalen «Oberschl. Anz.» Anlass, auf die Nothwendigkeit einer Aenderung des Gesetzes hinzuweisen, das für den Bergbau mancherlei Unzuträglichkeiten im Gefolge hat. Die draconischen Strafbestimmungen haben die Wirkung gehabt, dass in einer grossen Anzahl von Gruben der Gebrauch von Dynamit bei Sprengarbeiten abgeschafft ist, weil die Betriebsleiter ihre ohnehin schon grosse Verantwortlichkeit nicht noch dadurch vergrössern wollen, dass sie sich den Folgen des Gesetzes aussetzen. Auch ist, wie der «Oberschl. Anz.» hervorhebt, Betriebsleitern die Genehmigung des Besitzes von Sprengstoffen aus Gründen ganz unerheblicher Art versagt und dadurch die Existenz ganzer Familien vernichtet. Das Blatt fordert die Interessenten auf, den Reichstagsabgeordneten rechtzeitig geeignetes Material zu unterbreiten, damit dieselben auf eine angemessene Abänderung der Gesetze hinwirken können. Eine einfache Ablehnung des Antrags würde nach seiner Ansicht nicht im Interesse des Bergbaus liegen.»



Inhalt der Anlagen.

Anlage	I. Zeitungsausschnitte.
„	II. Explosives Act. Art. 45.
„	III. Erlaubnissschein.
„	IV. Verfügungen der Regierung zu Arnsberg und Landraths zu Bochum.
„	V. Eingabe des Steinacker an die Regierung.
„	VI. Reichsgerichtsurtheil.
„	VII. Schreiben des Bürgermeisters von Solingen.
„	VIII. Bundesrathserlass.
„	IX. Erlaubnissschein.
„	X. Prozess aus Bernburg.
„	XI. Reichsgerichtsurtheil dazu.
„	XII. Elberfelder Dynamit-Prozess.
„	XIII. Französische Gesetzgebung.
„	XIV. Brief eines Fabrikanten.
„	XV. „ „ Bergmanns.
„	XVI. „Rheinisch-Westphälische Zeitung“.
„	XVII. „Oberschlesischer Anzeiger“.



M. E R N S T, Senefelderstrasse 4, München.

Viereck, Louis,

Zur Kritik des Dynamitgesetzes Motive zum Antrag Louis Viereck und
Genossen auf Aufhebung des Reichsgesetzes vom 9. Juni 1884 gegen den
verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. (No. 98
der Drucksachen VI. Legisl. - Per. 2. Session 1885/86)

München 1886

Crim. 268 s

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11584547-1